

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 8/2021



Zwangsadopterter rehabilitiert

Litauenhilfe

Der innerdeutsche Handel

Aktuell

- 3 32. Generalversammlung der VOS
Härtefallfonds in Berlin ausgeschöpft
Kommentar

Recht

- 4 Gericht rehabilitiert Zwangsadoptierten

International

- 5 Lernbrettspiel
„Jahrhundert der Märtyrer“
Litauenhilfe

Aufarbeitung

- 6 Der innerdeutsche Handel

Geschichte

- 7 Fröhliche Weihnachten?
8 Der gescheiterte Idealist, Teil I

Berichte

- 10 Erinnern und Tanzen
11 Informationen auch in Brailleschrift
12 Es läßt einen nicht mehr los

Verbände

- 14 Rückgabe der Namen
Abschied
15 Taschenkalender erschienen
Spendenaufruf
16 Geschichtsmesse noch einmal verschoben
Originale Mauerelemente übergeben
9. European Remembrance Symposium in Estland

Service/Bücher

- 17 Arno Esch
„Eine gewisse Verhärtung“
18 Noch einmal „Widerstand. Eine Abrechnung...“
19 Leserbrief

Umschlagbild

(v.l.) Dr. Oskar Schmidt, Dieter Dombrowski (Vorsitzender der UOKG) und Dr. Konrad Elmer-Herzig (Mitgründer der Ost-SPD 1989) an der Brüsewitz-Säule in Zeitz anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel für die Opfer der SED-Diktatur am 11. September 2021.

Foto: Oskar Schmidt

Editorial

Was erwarten wir von der neuen Bundesregierung?

Unsere Erwartungen an die neue Bundesregierung sind im Grunde die gleichen wie an die alte Bundesregierung und alle Bundesregierungen nach dem Fall der Mauer vorher, nämlich den Opfern von SED und Kommunismus Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Wie immer steckt der Teufel im Detail. Wir werden jedenfalls versuchen, mit den neuen Gesprächspartnern in der Politik da weiterzumachen, wo wir vor der Bundestagswahl stehengeblieben sind. Unser Vorteil ist, daß wir als UOKG versucht haben, uns gegenüber den Parteien politisch neutral zu verhalten und zu allen Fraktionen im Deutschen Bundestag belastbare Arbeitskontakte aufzubauen. Das ist uns bei den Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen auch gelungen, so daß wir an die Arbeit mit der neuen Regierungskoalition anknüpfen können.

Auch haben wir allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unsere Wahlprüfsteine zugesandt. Diese und die entsprechenden Antworten der jeweiligen Parteien können Sie auf unserer Homepage nachlesen. Die drei Parteien, die sich derzeit in Koalitionsgesprächen befinden, haben wir noch einmal explizit auf die Beachtung ihrer Zusagen in diesen Gesprächen, auch für einen möglichen Koalitionsvertrag, hingewiesen. An die-

ser Stelle sei angemerkt, daß wir seitens einer Oppositionsfraktion, der AfD, nie eine Rückmeldung auf unsere Anfragen erhalten haben, auch nicht auf unsere Wahlprüfsteine. Die Novellierung der Rehabilitierungsgesetze vor zwei Jahren, die doch in einigen Bereichen die Situation der Opfer von SED und Kommunismus verbessert hat, wurde von der AfD ebenfalls sämtlich abgelehnt.

Wir haben unseren Gesprächspartnern im Deutschen Bundestag, die wieder gewählt wurden, gratuliert und angekündigt, daß wir unmittelbar nach Bildung der neuen Bundesregierung die Arbeit fortsetzen werden. Diese ist ein wenig erleichtert worden durch die Berufung von Evelyn Zupke in das Amt der Beauftragten des Deutschen Bundestages für die Opfer der SED-Diktatur. Wir arbeiten mit Frau Zupke konstruktiv und abgestimmt zusammen. Von daher bin ich guter Hoffnung, daß wir bei den noch ungelösten Aufgaben in den nächsten ein bis zwei Jahren ein gutes Stück weiterkommen.

Ich möchte sie auch an dieser Stelle wieder darum bitten, sofern es Ihnen möglich ist, unsere Arbeit mit einer Spende zu unterstützen. Ich wünsche Ihnen alles erdenklich Gute und verbleibe mit besten Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski



Ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr wünscht allen Leserinnen und Lesern herzlich

die Redaktion

32. Generalversammlung der VOS e.V.

SBZ/DDR-Opferverband wählt Hugo Diederich zum Bundesvorsitzenden


(vos)Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat vom 22. bis zum 24. Oktober 2021 in Friedrichroda in Thüringen ihre 32. Generalversammlung abgehalten. Bundesweit waren 43 Teilnehmer angereist. Zum Bundesvorsitzenden der Vereinigung wurde der Diplom-Kaufmann Hugo Diederich, der selbst 1986/87 für elf Monate in der DDR politisch inhaftiert war, gewählt. Er ist aufgewachsen im katholischen Eichsfeld.

Der in Düsseldorf wohnende Felix Heinz Holschke und die Rostockerin May-Britt

Krüger wurden zu seinen Stellvertretern gewählt.

Hugo Diederich, Bundesvorsitzender: „Wir, die politisch Rehabilitierten der SBZ/DDR, sollten zukünftig als Ehrenbürger wahrgenommen werden und nicht als Opfer am Rand der Gesellschaft, denn wir sind die Sieger. Wir waren die Vorkämpfer der Demokratie für ein einiges Deutschland. Wie kleine Mosaiksteine haben wir am Zerfall dieser Diktatur gewirkt. Zollt den Vorkämpfern der Friedlichen Revolution Respekt, denn sie gingen durch die Hölle der Diktatur!

In Zeiten, wo die Verbrechen der SED, die rechtsidentisch mit der Partei Die Linke ist, zunehmend verharmlost wird, muß ein Ruck durch die Gesellschaft gehen, damit auf deutschem Boden nie wieder eine Diktatur eine Chance hat. Wir dürfen die Verbrechen dieser mörderischen Diktaturen nicht vergessen.“

Die VOS wurde 1950 in Berlin gegründet. Sie ist der älteste und größte Opferverband und vereint bundesweit Tausende Opfer der SED-Diktatur und deren Sympathisanten. 

Härtefallfonds in Berlin ausgeschöpft

Tom Sello fordert Fortsetzung der Hilfe

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) hat in diesem Jahr insgesamt 99 928,35 Euro an Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR bewilligt. Damit konnten 36 Berlinerinnen und Berliner Hilfen aus dem Fonds erhalten. Es wurden Einrichtungsgegenstände, Renovierungskosten, Kommunikationsgeräte, Hilfen zur Mobilität und Gesundheitsmaßnahmen finanziert.


„Die Menschen, die wir mit Mitteln des Härtefallfonds unterstützt haben, sind als politisch Verfolgte anerkannt und rehabilitiert. Materiell befinden sie sich in einer schwierigen Lage, die sich im Rentenalter verschärft“, erklärt der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Tom Sello. „Unter ihnen sind häufig Erwerbs-

minderungsrentner und Empfänger von Grundsicherung.“

Für 2021 standen insgesamt 100 000 Euro für Unterstützungsleistungen aus dem Härtefallfonds zur Verfügung. „Jedoch nicht allen Antragstellern konnte geholfen werden, weil die Mittel ausgeschöpft sind. Und es gehen fortlaufend weitere Anträge ein.“ So liegen beim Berliner Aufarbeitungsbeauftragten derzeit schon 15 unbearbeitete Anträge vor, weil die Mittel aus dem Fonds nicht ausreichen. „Deshalb ist es notwendig, den Härtefallfonds in den kommenden Jahren fortzuführen und im nächsten Doppelhaushalt zu verankern“, betonte Sello.

Der Härtefallfonds richtet sich an Menschen mit Wohnsitz in Berlin, die nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen

rehabilitiert wurden und sich aktuell in einer wirtschaftlichen Notlage befinden. Der Zugang zu den Leistungen und das Antragsverfahren sind in einer Richtlinie geregelt, die auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten abrufbar ist. Dort können sich Interessierte die Antragsformulare herunterladen.

Die Anträge auf einmalige finanzielle Unterstützung werden beim Aufarbeitungsbeauftragten sorgfältig geprüft. So müssen die Antragsteller nachweisen, daß sie finanziell bedürftig sind. Auch wird ermittelt, ob gegebenenfalls andere Institutionen wie Krankenversicherungen oder das Jobcenter die beantragten Leistungen erbringen könnten. Über finanzielle Hilfen aus dem Härtefallfonds entscheidet der Aufarbeitungsbeauftragte unter Mitwirkung eines Beirats. 

Kommentar

Aufschrei? Fehlanzeige!

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde im September gewählt. Das Ergebnis ist bekannt, SPD und die Linken verhandelten über einen Koalitionsvertrag. Auf Seiten der Linken verhandelte unter anderem der Landesvorsitzende Torsten Koplin. Koplin (*1962) war von 1981 bis 1984 beim Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ im aktiven Wehrdienst.

1987 erklärte er sich bereit, für die Stasi zu spitzeln und wurde dort als IM „Martin“ gelistet. Zu der Zeit war er Sekretär für Kultur und Sport in der FDJ-Kreisleitung Neubrandenburg. Koplin erarbeitete für das MfS unter anderem Informationen zu mehreren Personen, die vom Staatssicherheitsdienst in Operativen Personenkontrollen

(OPK) bearbeitet wurden. 1988 schätzte der Führungsoffizier die Zusammenarbeit als effektiv ein, Koplin sei in seinen Berichten offen und ehrlich. Abschließend gelangte 2017 die Kommission des Landtages MV gemäß § 48 Abgeordnetengesetz zu der Feststellung, daß Herr Koplin sowohl hauptamtlich als auch inoffiziell für das MfS der DDR tätig war.

Dazu der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski: „An die Politik werden zurecht hohe Anforderungen gestellt. Eine umfangreiche Stasitätigkeit ist keine Grundlage für eine ehrliche Politik. Vertrauen kann man nicht auf Lügen aufbauen!“

B.B.

Gericht rehabilitiert Zwangsadoptierten

Erste Reha aufgrund von Zwangsadoption überhaupt

Das Verwaltungsgericht Halle hat mit Urteil vom 27. Juli 2021 (Az. 1 A 200/19 HAL) festgestellt, daß die gegen einen Betroffenen (B) ausgesprochene Adoption rechtsstaatwidrig war und diesen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) rehabilitiert. Dies ist die erste Rehabilitierung aufgrund einer Zwangsadoption überhaupt!

Dem ging ein sehr langer Prozeß voraus. Schon im Dezember 2014 beantragte der Betroffene mit Unterstützung der UOKG beim Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung aufgrund einer erlittenen Zwangsadoption. Der Verfasser ergänzte diesen Antrag im Juli 2015 und betreute seitdem den Fall direkt als Vertreter. Daß es sich bei dem Fall um eine Zwangsadoption handelt, war aufgrund der fundierten Unterlagen letztlich zweifelsfrei bewiesen. Das Landesverwaltungsamt hat sich dennoch und trotz mehrfachem Nachhaken geschlagene vier Jahre Zeit genommen und zunächst mit einer Sachstandsmitteilung/Anhörung auf den Reha-Antrag reagiert.

Darin wurde zwar bedauert, daß dem B bei der Adoptivfamilie die geschilderte Behandlung zuteil geworden war, die auch zu gesundheitlichen Einschränkungen geführt hat, darüber hinaus wurde der Antrag als unbegründet eingestuft. Dies wurde mit der Nichtanwendbarkeit des VwRehaG begründet. Art. 234 § 13 (Annahme als Kind) des Einigungsvertrages (EGBGB) würde die Möglichkeit einer erneuten, weiteren Prüfung bzw. Aufhebung von Adoptionsentscheidungen nach dem VwRehaG versperren.

Dem widersprach der Verfasser und trug vor, daß Art. 234 § 13 EGBGB ausschließlich die Aufhebung aus den

dort genannten rein familienrechtlichen Gründen regle. Eine Aufhebung nach § 1 Abs. 1 S. 1 VwRehaG erfolge dagegen aus Gründen der Wiedergutmachung für verübtes verwaltungsrechtliches Verfolgungsunrecht. Die Aufhebung nach Art. 234 § 13 EGBGB beseitige die familienrechtlichen Beziehungen mit den Eltern der Zwangsadoption und stelle das Elternverhältnis mit den leiblichen Eltern wieder her. Die Rehabilitierung führe dagegen zu Ausgleichsleistungen, wenn sich gesundheitliche Folgen der Zwangsadoption nachweisen ließen. Das Landesverwaltungsamt ging darauf nicht ein und lehnte den Reha-Antrag somit wie angekündigt ab.

Der Verfasser legte für den B daraufhin Klage beim Verwaltungsgericht Halle ein und begehrte die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung nach § 1 Abs. 1 VwRehaG aufgrund der erlittenen gesundheitlichen Schäden während der Zeit bei der Adoptivfamilie. Zudem wurde hilfsweise die moralische Rehabilitierung nach § 1a VwRehaG beantragt, für den Fall, daß das Gericht einen Eingriff in das Rechtsgut Gesundheit nicht anerkennen würde, da eine Zwangsadoption als solche ja keine gesundheitlichen, berufsrechtlichen oder vermögensrechtlichen Eingriffe darstellen kann (die drei in § 1 Abs. 1 VwRehaG genannten Rechtsgüter).

Mit der Klage wurden also zwei wesentliche Punkte verfolgt: Zum einen sollte erreicht werden, daß das Gericht die Anwendbarkeit des VwRehaG feststellt und zum anderen, daß die gesundheitlichen Folgen der Zwangsadoption berücksichtigt werden.

Wie der Anfang dieses Artikels verrät, hatte der erste Punkt Erfolg und damit ist das Urteil schon deshalb ein Präzedenzfall. Das Verwaltungsgericht Halle begründete die Anwendbarkeit des VwRehaG neben der entsprechenden Regelung im EGBGB sehr ausführlich. So sei durch im EGBGB vorgesehene Verfahren die Überprüfung von Eingriffen der Behörden in das Erziehungsrecht oder von Adoptionen auf ihre Rechtsstaatswidrigkeit gar nicht vorgesehen. Die Regelung im EGBGB eröffne zwar die Möglichkeit, daß das Erziehungsrecht wieder auflebt, die Eltern die elterliche Sorge also wieder ausüben dürfen. Dies vermöge aber eine

verwaltungsrechtliche Rehabilitierung nicht zu ersetzen.

Auch erfolge die Entscheidung über die Adoption in der DDR durch Beschluß des Jugendhilfeausschusses und somit durch die Verwaltungsentscheidung einer Behörde. Die Adoption nach dem Recht der ehemaligen DDR beruhe damit – anders als nach § 1752 BGB (heute entscheidet das Familiengericht) – auf einem „Verwaltungsakt“ durch eine Behörde der DDR. Der Überprüfung der Rechtsstaatswidrigkeit eines Eingriffs einer Behörde stehen also keine Anhaltspunkte entgegen, das VwRehaG ist somit anwendbar, so das Verwaltungsgericht Halle.

Darüber hinaus urteilt die Kammer aber wie befürchtet. Die Kammer geht zwar von hoheitlichen Maßnahmen einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 VwRehaG aus und sagt weiter, daß diese Eingriffe aber entgegen § 1 Abs. 1 VwRehaG nicht zu einem Eingriff in eines der drei geschützten Rechtsgüter Gesundheit, Vermögen oder Beruf geführt haben. Weiter geht das Gericht auf diese Problemstellung nicht ein. Die Voraussetzungen für die sogenannte moralische Rehabilitierung nach § 1a VwRehaG nimmt es an.

Im Ergebnis bedeutet dies, daß der B die in der Adoptionsfamilie erlittenen Gesundheitsschäden nicht geltend machen kann. Die Revision wurde nicht zugelassen. Aus diesem Grund hat der B sich entschieden, Nichtzulassungsbeschwerde einzulegen, wobei ein Anwalt erforderlich ist. Diese ist derzeit anhängig.

Das Urteil ist auf der einen Seite sehr erfreulich, weil nun alle Betroffenen staatlich anerkennen lassen können, daß ihnen Unrecht widerfahren ist. Ein Anspruch auf Ausgleichsleistungen entsteht ihnen dadurch allerdings nicht. Sie sind aber immerhin berechtigt, sich an die Härtefallfonds zu wenden, welche es derzeit in Berlin, Brandenburg und Sachsen gibt.

Wenn Sie von einer Zwangsadoption betroffen sind, melden Sie sich in unserer Beratungsstelle. Wir helfen Ihnen gerne!

Ass. jur. Benjamin Baumgart

Bürgerberatung

des Bundesarchivs für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr
Freitag 8.00–14.00 Uhr

Lern-Brettspiel in zwei neuen Sprachversionen

(pemc) Das pädagogische Brettspiel der Plattform des Europäischen Gedächtnisses und des Gewissens (PEMC) „Across the Iron Curtain“ ist neu in französischer und rumänischer Version erschienen. Der Zweck des Spiels ist es, über die jüngere europäische Geschichte, die Menschenrechte und ihre Verletzungen während der kommunistischen Zeit aufzuklären sowie über die Geographie und Völker Europas zu informieren. Das Originalspiel entstand in Zusammenarbeit mit dem Polnischen

Institut für Nationales Gedächtnis und wurde erstmals 2017 in der englischen Version veröffentlicht. Bisher sind auch tschechische, ungarische und deutsche Versionen erschienen.

Das Spiel stellt Situationen aus der Zeit des Kalten Krieges nach, als Menschen versuchten, in den Westen zu fliehen, obwohl legale Reisen meist unmöglich waren, oft mit Hilfe von Helfern im In- und Ausland. Die Spieler des Spiels sind solche Fluchthelfer, die auf acht verschie-

dene Arten versuchen, 30 Flüchtlinge aus 15 ost- und mitteleuropäischen Ländern über den Eisernen Vorhang zu bringen. „Die beiden neuen Versionen auf Französisch und Rumänisch werden der jüngeren Generation von Europäern helfen, die Geschichte, die zum aktuellen vereinten und friedlichen Projekt der europäischen Nationen geführt hat, sowie die Problematik der Flucht vom kommunistischen zum demokratischen Europa besser zu verstehen“, sagte Peter Rendek, PEMC-Geschäftsführer. 

„Jahrhundert der Märtyrer“

Internationale Wanderausstellung erstmals in Albanien präsentiert

(pemc) Die Internationale Wanderausstellung „Jahrhundert der Märtyrer“ der Plattform des Europäischen Gedächtnisses und des Gewissens (PEMC) wurde erstmals in Shkodër, Albanien, präsentiert. Die Präsentation der Ausstellung wurde am 18. September 2021 im „Ort des Zeugen- und Erinnerungsmuseums“ in Kooperation mit dem MEMO Center gestartet und wird anschließend an weiteren Orten des Landes präsentiert. Die Ausstellung zeigt das Leben von 26 Männern und Frauen aus verschiedenen europäischen Ländern, die ihr Leben dem Dienst an Gott, den Menschen und der Gesellschaft gewidmet haben.

Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die Worte der Märtyrer, die während ihres Lebens unter dem Joch totalitärer Systeme geschrieben oder gehört wurden, Worte, die zweifellos als ihre Lebensbotschaft gelten können, für die sie bereit waren, ihr Leben zu geben. Ihre Haltung und ihr Handeln stellten eine „Bedrohung“ für die neu entstehenden nichtdemokratischen Regime dar. Diese Menschen waren unbequeme Zeugen der Perversität jener Regime und wurden deshalb systematisch zum Schweigen gebracht. Die Erinnerung an ihr Schicksal, ihr Leben und die Zeugnisse, die sie uns hinterlassen haben, hilft uns, die wahre Bedeutung von Werten wie Freiheit, Wahrheit und Demokratie besser zu verstehen.

Das MEMO-Zentrum sieht die Auseinandersetzung mit der nackten Wahrheit der Geschichte als vorrangige Aufgabe eines

jeden Bürgers. Nur durch das klare Sehen und Lesen der Fakten kann der Schmerz verarbeitet und eine gesunde Kraft gefunden werden, um die Gesellschaft zu heilen. Und nur die Wahrheit und eine Gesellschaft, die auf menschlichem Verständnis und gegenseitigem Respekt für den Menschen basiert, kann den menschlichen Gesellschaften Wohlstand bringen.

Die Ausstellung wurde von einem 12jährigen Kind eröffnet, das ein Gedicht des Märtyrers Monsignore Vinçenc Prennushi vortrug. Das Kind heißt Vinçenc Prennushi und ist ein Verwandter des gemarterten Bischofs. „Dies ist ein Zeichen für die Auferstehung des Lebens über den Tod, ein Zeichen des Triumphs des Guten über die Gewalt“, sagte Gjon Radovani, Exekutivdirektor des MEMO-Zentrums.

„Bei den meisten Märtyrern des 20. Jahrhunderts können wir ihre Botschaft nur aus ihren Aktivitäten, Entscheidungen

und Taten ablesen. Einige haben uns auch ihre Worte hinterlassen. Manchmal kurz – wie der letzte vor dem Tod gesprochene Satz. Manchmal länger – wie Briefe aus dem Gefängnis, Predigten oder ganze Studien zum Umgang mit dem Bösen. Diese Botschaft ist nicht nur ein historisches Dokument, sie ist lebendig. Es ist nicht nur für Christen wichtig, sondern für uns alle.


Diese Botschaft hat einen universellen Charakter. Sie lehrt uns grundlegende Werte wie Wahrheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde. Sie lehrt uns, unseren Überzeugungen treu zu bleiben und uns zu weigern, am Bösen teilzunehmen. Ich freue mich, daß diese Nachricht heute von Shkodra kommt. Shkodra ist schließlich eine Stadt der Märtyrer. Ich glaube fest daran, daß die Stimme der Märtyrer aus Shkodra in Albanien gehört werden wird, in Europa gehört wird, und das Wichtigste wird in unseren Herzen gehört“, sagte Łukasz Kamiński, Präsident der Plattform.

Die Ausstellung begleitete die Premiere von „Unmarked Graves“, einem Dokumentarfilm der Kutjo Foundation. 

leitet werden, will die Gruppe weitere Lastzüge nach Litauen schicken. Die Transportkosten in Höhe von je 1550 Euro werden aus Spenden aufgebracht.

Kennwort für Ihre Spende: Litauen (80).

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe dieses Kennworts auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00
SWIFT BIC: BFSWDE33MNZ,
Bank für Sozialwirtschaft 

Litauenhilfe

Die Hilfsgütertransporte der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) nach Litauen werden von der Arbeitsgruppe Wittlich in der Eifel in vollständig ehrenamtlichem Einsatz zusammengestellt. Aufgrund der steigenden Zahl von weißrussischen Flüchtlingen sowie weiterer aus Marokko, Afghanistan und anderen Staaten, die auf Anordnung des weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko dort gezielt durchge-

Der innerdeutsche Handel

VEB Schuhfabrik „Roter Stern“ und Otto-Versand

Daß sich die UOKG seit Jahren für eine Anerkennung und Entschädigung der geleisteten Zwangsarbeit während der politischen Inhaftierung einsetzt, dürfte den meisten Lesern bekannt sein. Anlässlich der Veranstaltung „Zwangsarbeit in politischer DDR-Haft“ im September 2020 griff die UOKG das Thema wieder auf und schrieb zahlreiche noch existierende und am innerdeutschen Handel beteiligte Unternehmen an, um ins Gespräch zu kommen.

Die Bereitschaft, sich diesem speziellen Thema der Firmengeschichte zu stellen, hielt sich in Grenzen. Zum Teil wurden Belege verlangt, die eine Beteiligung von Häftlingen im Produktionsprozeß für ein aus der DDR importiertes Produkt beweisen. Und damit sind nicht die Aussagen der ehemaligen Häftlinge gemeint, die mitunter sehr genau beschrieben haben, was sie in Haft herstellen mußten und bei welchen Händlern sie es nach ihrem Freikauf in der Bundesrepublik wiedererkannt haben. Vielmehr bedeutet es konkret, daß die Lieferkette ausgehend von einer Produktionsstätte im Gefängnis für einen Volkseigenen Betrieb der DDR bis zum westdeutschen Verkäufer beweiskräftig dargelegt werden muß. Daß diese Recherche schwierig und vor allem sehr aufwendig ist, soll hier nicht Gegenstand des Beitrages sein. Anhand einer im Stasi-Unterlagen-Archiv gefundenen Akte sollen die noch im Herbst 1989 – in Anbetracht des Mauerfalls sehr optimistisch wirkenden – Verhandlungen des VEB Schuhfabrik „Roter Stern“ mit dem damaligen Otto-Versand exemplarisch dargelegt werden.

Die gesichteten Unterlagen wurden durch die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in Burg angelegt. So schrieb der Direktor für Erzeugnisentwicklung des VEB „Roter Stern“ am 8. November 1989 einen Bericht über eine Dienstreise in die Bundesrepublik. Diese Dienstreise wurde vom 1. bis 3. November 1989 zum Zwecke der Verhandlungen mit dem Otto-Versand in Hamburg im Hotel Merkur, Zimmer 401 unternommen. Als Delegationsmitglieder der DDR sind neben dem Direktor für Erzeugnisentwicklung des VEB „Roter Stern“ der Direktor der Abteilung Absatz des VEB „Paul Schäfer“ und der Gruppenleiter für den Export ins Nicht-Sozialistische Wirtschaftsgebiet (NSW) des Volkseigenen Außenhandels-

betriebes (VE AHB) Interpelz aufgeführt. Von Seiten des Otto-Versandes waren drei Damen und drei Herren anwesend. Zusätzlich war noch eine Dame von der Fa. Klawitter & Co GmbH anwesend. Eine Firma, die bereits seit Jahren Produkte aus der DDR ins NSW vertrieb.

Die Delegationsmitglieder der DDR hatten vom Betriebsdirektor des VEB „Roter Stern“ folgende Direktiven für die Verhandlungen erhalten: „Kollektionsbesprechung Otto Versand Hamburg für 2./90 mit Abstimmung der laufenden Verträge 2./89 und 1./90 und Entgegennahme von Nachaufträgen“ (BStU, BV Magdeburg, KD Burg, Nr. 1307, S. 3.).

In den Verhandlungen ging es konkret um Produkte des VEB „Roter Stern“. So wurde ein vorgelegter Prototyp aus dem Trotteurbereich vom Verhandlungspartner Otto-Versand wegen seiner Luftpolstersohle für gut befunden, da im Moment auf Luftpolstersohlen besonderer Wert gelegt wurde. Zusätzlich wurde ein bereits im Katalog Herbst/Winter 89/90 befindlicher Stiefelartikel wieder für das zweite Halbjahr 1990 vorgeschlagen. Darüber hinaus wurde der Delegation der DDR ein Stiefel und drei Trotteurschuhe als Richtlinie für die Kollektionsgestaltung des zweiten Halbjahres 1990 mitgegeben, und diese sollte bereits Anfang Januar 1990 dem Otto-Versand vorgestellt werden.

Aus diesem Dokument geht hervor, daß der Otto-Versand über einen längeren Zeitraum Geschäftsbeziehungen zum VEB „Roter Stern“ unterhielt und deren Produkte für vergangene wie bereits für zukünftige Kollektionen einkaufte.

Der VEB Schuhfabrik „Roter Stern“ hat von der Zwangsarbeit profitiert, indem Häftlinge der Strafvollzugsanstalt Bützow-Dreibergen und Insassen des Jugendwerkhofs Burg im Produktionsprozeß zum Einsatz kamen. Nach der DDR-Wirtschaftsstruktur war der VEB Schuhfabrik „Roter Stern“ beim VEB Schuhfabrik „Paul Schäfer“ in Erfurt angegliedert, so daß auch der Direktor der Abteilung Absatz der Delegation angehörte. Als nächste und übergeordnete Einrichtung war in diesem Fall der Volkseigene Außenhandelsbetrieb (VE AHB) Interpelz zuständig und ergänzte die DDR-Delegation mit dem Gruppenleiter für den Export.

Anhand dieses kleinen Ausschnittes konnte exemplarisch dargelegt werden, wie ein westdeutsches Unternehmen Produkte, die mittels Häftlingsarbeit entstanden sind, für sein eigenes Verkaufssortiment importierte und letztendlich davon profitierte. Natürlich wird es uns, der UOKG, als privatrechtlichem Verein nicht möglich sein, alle angeforderten und nach unserem Ermessen sehenswerten Unterlagen – ungeschwärzt – zu sichten und alle Verbindungen offen zu legen. Aber wir bleiben in unserem bescheidenen Umfang bei der Arbeit und werden über weitere Fundstücke informieren.

Ausblick: Alle kennen das ehemalige Frauengefängnis Hoheneck, in dem u. a. für den VEB Strumpfwarenkombinat ESDA Thalheim produziert werden mußte. Die mit einem anderen Label versehenen Strumpfhosen waren nach Aussagen ehemaliger Insassinnen u. a. in den Supermärkten von ALDI Nord und Süd, bei C & A, Hertie zu finden. Übrigens hat die UOKG an ALDI Nord und Süd Strumpfhosen aus Hoheneck geschickt, die von beiden Handelsketten unter den Namen „Sayonara“ und „Iris“ verkauft wurden. Aber auch diese Sendung überzeugte beide Geschäftsleitungen nicht, Gespräche mit der UOKG aufzunehmen. Laut weiteren aufgefundenen Unterlagen plante 1975 die Kombinatdirektorin, die zugleich auch Mitglied des Zentralkomitees der SED war, eine mehrtägige Dienstreise, wobei während der Reise die hier aufgeführten Firmen und Warenhauskonzerne aufgesucht werden sollten: „Hatege (EDEKA) Hamburg, Otto-Versand Hamburg, Albrecht KG Herten und Mühlheim, Kaufring Düsseldorf, Horten Düsseldorf, C & A Brenninkmeyer, Kepa-Karstadt Essen, Kaufhalle und Kaufhof Köln [...] handelt es sich um die Großabnehmer für Strumpfwaren aller Art in der BRD:...” (BArch DY 30 /25546, S. 73, Antrag auf Zustimmung einer Dienstreise in die BRD vom 3.4.1975.)

Ob diese Reise wirklich stattgefunden hat, konnte leider mit dem bisherigen Stand der Akteneinsicht noch nicht ermittelt, geschweige bewiesen werden. Aber wir werden Sie, liebe Leserinnen und Leser, auf dem laufenden halten. (Fortsetzung folgt)

Fröhliche Weihnachten?

Am 24. Dezember, Heiligabend 1945, lebte Anne(liese) Marie Frank nicht mehr, sie wurde nur knapp 16 Jahre alt. Im Konzentrationslager Bergen-Belsen starb sie im März 1945, bevor die britischen Truppen den Ort befreiten. Geboren in Frankfurt am Main, erlebte sie bis zur Machtergreifung der NSDAP eine behütete Kindheit. 1934 verließ sie mit ihrer jüdischen Familie Deutschland und wanderte in die Niederlande aus.



Foto: Ceescamel

Anne-Frank-Statue in Amsterdam von Mari Andriessen, 2020.



Foto: GometTube

Maria Kolesnikowa, 2020.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht versteckte sie sich mit ihrer Familie in einem Amsterdamer Hinterhaus, dort wurde sie wahrscheinlich durch Verrat entdeckt und am 4. August 1944 vom Sicherheitsdienst der SS (SD) verhaftet. Über mehrere Konzentrationslager kam sie dann mit ihrer Schwester Margot im Oktober 1944 in Bergen-Belsen an, dort mußte sie hungern, erkrankte an Fleckfieber, woran sie starb. Ihr Geburtstag war der 12. Juni 1929.

Zu dieser Zeit war Anne(marie) Becker 13 Jahre und lebte in Thüringen, sie war also keine Nazi-Täterin und wahrscheinlich froh, als die US-Armee kam, daß der Krieg zu Ende war. Sie trat der FDJ bei und absolvierte eine kaufmännische Lehre. Doch schon bald spürte sie die Enge der neuen sozialistischen Diktatur. Mit anderen Jugendlichen suchte sie politische Alternativen, viel mehr ist über ihre damalige Zeit nicht bekannt. Am 1. Februar 1951 wurde sie in Weimar verhaftet und kam in das sowjetische MGB-Gefängnis (MGB – Sowjetische Staatssicherheit) Weimar.

Obwohl die DDR-Verfassung von 1949 in Artikel 10 festgelegt hatte:

„Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden“,

wurde sie nach Moskau verschleppt und am 24. Dezember 1951, also am Heiligabend, in Moskau erschossen. Sie wurde nur 19 Jahre alt. Ihre Familie erfuhr erst acht Jahre später von ihrem Tod und auch da wurde sie noch von den Behörden der SED-Diktatur durch eine falsche Todesangabe belogen.



Foto: NVO

Eingang zum Donskoier Friedhof in Moskau, auf dem Annemarie Beckers Asche wahrscheinlich in einem der Massengräber verscharrt ist.

Anne(marie) Becker hatte auch am 12. Juni Geburtstag, allerdings wurde sie 1932 geboren, drei Jahre später als Anne(liese) Frank. Schicksale von zwei jungen Menschen, die so ähnlich sind, getötet durch die menschenfeindlichen Ideologien des Nationalsozialismus und des Sozialismus-Kommunismus.



Foto: Studio Incendo

Joshua Wong, 2019.

Daran sollte man zu Weihnachten 2021 denken, weil auch in diesem Jahr weltweit Menschen politisch inhaftiert sind, wie Joshua Wong in Hongkong, auf Befehl der KP Chinas, oder Maria Kolesnikowa in Belarus.

Und wir müssen wachsam sein, denn extreme Ideologien bedrohen auch unsere Freiheit. Der Weg in eine Diktatur kann mit einem Wahlzettel beginnen.

Anton Odenthal

Der gescheiterte Idealist Isaak Nachman Steinberg

Ein Leben für das Judentum, den Humanismus
und eine russische Revolution ohne Terror

Von Gabriel Berger

Teil I

Kaum jemand kennt heute den russisch-jüdischen Politiker und Revolutionär Isaak Nachman Steinberg (1888–1957). Nachdem ich 1977 die DDR Richtung Westen verlassen hatte, nutzte ich die gewonnene Informationsfreiheit, um mich ausgiebig mit der Geschichte der russischen und bolschewistischen Revolution zu beschäftigen. Denn diese war doch auch die Grundlage des Ostdeutschland und Osteuropa oktroyierten „realsozialistischen“ Systems,



Isaak Steinberg, 1918.

das ich nach einem Jahr Haft wegen „Staatsverleumdung“ verlassen durfte. Doch den Namen Isaak Nachman Steinberg habe ich damals nirgendwo gelesen.

Nachdem ich neulich aus diversen Quellen einiges über das Leben und Wirken Isaak Steinbergs erfahren habe, bin ich erstaunt, daß ein Mensch von solchem Format weitgehend dem Vergessen anheimfallen konnte. Nur einige, meist jüdische Historiker oder Erforscher der bolschewistischen Revolution erinnern sich heute noch an ihn. Doch was veranlaßt mich, einen Nichthistoriker, mich mit Isaak Steinberg zu beschäftigen? Es sind nicht zuletzt gewisse Parallelen zum Werdegang meines 16 Jahre jün-

geren Vaters (1904-1984), die mir das Leben und Wirken Isaak Steinbergs interessant erscheinen lassen. Wie Steinberg entstammte mein Vater einer jüdischen Familie und wurde im Russischen Imperium geboren, Steinberg in dem heute lettischen Ort Daugapils (in russischer Zeit Dwinsk), mein Vater in der polnischen Stadt Warschau. Dwinsk war damals zu 46%, Warschau zu über 30% von Juden bewohnt. Wie Steinberg ist mein Vater von seinem Vater, einem Kaufmann und gläubigen Juden, im kosmopolitischen Geist erzogen worden und war seit der Kindheit polyglott. Fünf Jahre nach seinem Tod brach der „reale Sozialismus“ zunächst an der Elbe, ein Jahr später bis zum Pazifik zusammen.

Steinbergs Wandel vom Bündnispartner zum Gegner der Bolschewiken

Steinberg war seit Beginn seines Jura-Studiums im Jahre 1906 Mitglied der Sozialrevolutionären Partei, die in den russischen Bauern und nicht wie die Bolschewiken in den damals in Rußland noch wenigen Arbeitern die revolutionäre Kraft sah und nicht die Disziplin in einem Kollektiv, sondern die individuelle Freiheit für das höchste Gut hielt, das im Sozialismus zu verwirklichen sei. Deshalb betrachteten die Sozialrevolutionäre, im Gegensatz zu den Bolschewiken, die von Karl Marx inspirierte und eine „Klassendisziplin“ der Arbeiter voraussetzende Idee einer „proletarischen Revolution“ eher kritisch. Die marxistische Geschichtstheorie, kritisierte Steinberg, postuliere einen ökonomischen Determinismus, welcher dem freien Willen von Individuen kaum einen Platz lasse.

Die Freiheit der Individuen war aber im Verständnis der Sozialrevolutionäre das wichtigste Ziel des von ihnen angestrebten Sozialismus, nicht die Unterordnung in ein Kollektiv. Dagegen schloß sich mein Vater als junger Mann 1928 in Berlin der marxistisch orientierten kommunistischen Partei an, die von den Mitgliedern militärische Disziplin einforderte und nach dem bolschewistischen Vorbild eine „Diktatur des Proletariats“ anstrebte.

Inspiziert von Lenins diktatorischem Bolschewismus und Stalins dogmatischer Radikalität betrachteten die deutschen Kommunisten nicht nur die Bourgeois und ihre Parteien, die Kapitalisten und Nationalsozialisten, als ihre Feinde, sondern auch die reformorientierten Sozialdemokraten, die sie in öffentlichen Auftritten und in der kommunistischen Presse als „Sozialfaschisten“ beschimpften. Das war allerdings ganz und gar nicht im Sinne Steinbergs, der schon 1918 als Justizminister in Lenins Koalitionsregierung von Bolschewiken und Linken Sozialrevolutionären in einen Konflikt mit Lenin geriet, weil Steinberg ausdrücklich dafür plädierte, die politischen Gegner zu respektieren und human zu behandeln. Seine später formulierte Devise lautete: „Eine soziale Revolution, die die Rechte ihrer Klassengegner verteidigt – das wäre eine große moralische Lehre der Menschlichkeit gewesen.“

In diesem Sinne veranlaßte Steinberg die Freilassung von durch die bolschewistische Sonderpolizei Tscheka verhafteten Mitgliedern der bürgerlich-liberalen Partei „Kadetten“, weil er eine Gesinnungsjustiz prinzipiell ablehnte und weil er als Jurist, trotz seiner revolutionären Haltung, dem Prinzip treu geblieben war, an der Unschuld eines Beschuldigten festzuhalten, solange ihm keine Schuld nachgewiesen wurde. Das widersprach aber den Plänen und Wertvorstellungen Lenins, der die Bolschewiken als moderne Jakobiner und sich selbst als eine Reinkarnation Robespierres und Vollstrecker des historischen Auftrags sah, die sozialistische Revolution auszulösen, die wie ein Flächenbrand die ganze Welt erfassen sollte. Seine historische, messianische Mission gab ihm, wie er glaubte, das Recht, die in die kommunistische Zukunft weisende revolutionäre Herrschaft der Bolschewiken mit allen Mitteln, auch durch Terror, durchzusetzen.

In der Praxis bedeutete es, alle moralischen Skrupel beiseite zu schieben und die politischen Gegner, zu denen er auch Andersdenkende zählte, zu liquidieren. Wie wir heute wissen, erwiesen sich die Bolschewiken als gelehrige Schüler der Jakobiner und haben in Sachen Terrorismus ihre historischen Lehrmeister weit übertroffen.

Das nicht nachlassende Engagement, mit dem sich Isaak Steinberg sein Leben lang der Idee einer sozialistischen Revolution widmete, mag uns heute weltfremd und vielleicht auch fragwürdig erscheinen. Denn wir leben in einer postkommunistischen Zeit. Alle sozialistischen, im Westen als „kommunistisch“ bezeichneten

Gesellschaftsexperimente, in der Sowjetunion, in Osteuropa, Kambodscha, Vietnam, China, Nordkorea, Kuba, Angola und aktuell in Venezuela, mündeten und münden in mehr oder weniger brutalen, teils blutrünstigen, totalitären Diktaturen.

Die gescheiterten Experimente endeten allesamt desaströs und haben die Zukunftsideen von Marx und seinen Jüngern in der Praxis widerlegt und diskreditiert. Sie brachten den Menschen nicht, wie von den Kommunisten versprochen, Glück, Wohlstand und Harmonie, sondern Angst vor Bespitzelung und Verfolgung durch den allmächtigen Staat, materielle Armut, geistiges und körperliches Einsperren, Isolation von der als feindlich interpretierten „kapitalistischen“ Welt und ihrem Ideenreichtum. Auch das heutige China kann kaum als ein Gegenbeispiel gelten, weil es sich zwar nach wie vor als sozialistisch bezeichnet, in Wirklichkeit aber ein staatlich streng reglementiertes kapitalistisches System ist, daß sich zur Legitimierung der diktatorischen Herrschaft der kommunistischen Partei einer sinnentleerten marxistischen Phraseologie bedient.

Der klägliche Untergang des von der Sowjetunion dominierten „realen Sozialismus“ brachte der Mehrheit der Menschen in den betroffenen Staaten mehr Freiheit, vielen auch mehr Wohlstand. Doch eine einst privilegierte Minderheit haderte nach der Wende vom Sozialismus zum westlich orientierten Kapitalismus mit dem Verlust der Vorrechte und des sozialen Status. Und es hat sich bei vielen, wie ein Märchen von der guten alten Zeit, der Mythos vom einst humanen sozialistischen System erhalten. Ihr mit Wehmut vorgetragenes Motto lautet: „Nicht alles war damals schlecht“. Wie früher die Autobahnen und „Kraft durch Freude“ als Errungenschaften des untergegangenen Nazireiches gepriesen wurden, waren es nach dem Untergang des „realen Sozialismus“ die Kindergärten und die werktätigen Frauen.

Steinbergs Kampf für Rechtsstaatlichkeit im Sozialismus

Auch die heutigen Sozialismus-Nostalgiker kennen nicht Isaak Steinberg. Sonst könnten sie sich vielleicht auf ihn berufen, weil er wie sie meinte, die Idee des Sozialismus sei edel und gut, nur deren Umsetzung in die Praxis sei fehlerhaft gewesen. Allerdings hat Steinberg diesen Standpunkt bereits hundert Jahre früher, 1918, vertreten, nachdem er als führendes Mitglied der Partei der Linken Sozialrevolutionäre nach dem bolschewisti-

schen Umsturz vom 25. Oktober 1917 (nach dem julianischen Kalender) seit Dezember 1917 drei Monate lang in der – „Rat der Volkskommissare“ genannten – Koalitionsregierung von Bolschewiken und Linken Sozialrevolutionären der erste Justizminister, wie es damals hieß Kommissar für Justiz, gewesen ist.

Von Anfang an prangerte er den im Auftrag Lenins von Dzierżyńskis Sonderpolizei Tschechien betriebenen Staatsterror, die willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen von wirklichen und vermeintlichen Gegnern der bolschewistischen Revolution an. Als ein dem Recht und der Humanität verpflichteter Jurist, zugleich aber engagierter Revolutionär, versuchte Steinberg, die Revolution, die er wie seine Partei als einen Meilenstein zur Befreiung der Volksmassen von Ausbeutung und Unterdrückung grundsätzlich befürwortete, auf das Gleis der Rechtsstaatlichkeit zu lenken. Das erscheint uns heute absurd, denn wir kennen den Fortgang der Geschichte.

Der in Lenins erster Regierung für das Recht verantwortliche Steinberg erkannte sehr bald den terroristischen Charakter von Lenins Herrschaft und wollte nicht länger die permanenten Rechtsbrüche, die Willkür und die Verbrechen der Bolschewiken mitverantworten. Nachdem er im März 1918 nach nur drei Monaten von seinem Posten des Justizministers zurückgetreten ist, wurde er zu einem erbitterten Gegner der Bolschewiken. Man kann allerdings den Linken Sozialrevolutionären im Nachhinein vorwerfen, daß nicht Lenins Terror Anlaß zu ihrem Rückzug aus seiner Regierung gewesen ist, sondern der Frieden von Brest-Litowsk, ein von den Deutschen der russischen Seite aufgezwungener Frieden an der Ostfront des Ersten Weltkrieges, der mit erheblichen Gebietsverlusten Rußlands und, wie die Sozialrevolutionäre meinten, mit dem Verlust des internationalistischen Anspruchs der russischen Revolution verbunden war.


Nachdem Steinberg von den Bolschewiken verhaftet und schließlich 1923 zur Emigration gezwungen wurde, entlarvte er von Deutschland aus in Zeitungsbeiträgen und Vorträgen Lenins, später Stalins, totalitäre Gewaltherrschaft. Aus diesem Jahr stammt auch Steinbergs moralisches Urteil über die Bolschewiken, für die das edle Ziel auch verbrecherische Mittel heiligte: „Wenn ich zu der Überzeugung käme, daß der Sozialismus sich grundsätzlich nicht ohne Terror verwirklichen läßt, dann würde ich ihn auf immer verwerfen.“

Nach Hitlers Machtantritt im Jahre 1933 floh Steinberg nach Großbritannien. Von dort aus prangerte er Stalins fingierte Schauprozesse gegen bolschewistische Führer und ehemalige Mitstreiter Lenins an, die meist mit deren Exekution endeten. Dagegen sahen die deutschen Kommunisten, so auch mein nach dem Reichstagsbrand aus Deutschland nach Belgien geflohener Vater, die stalinistischen Schauprozesse als legitime Akte der Verteidigung der Revolution vor der Sabotage durch die entlarvten Verräter. Die Revolution, das meinten die Kommunisten, mußte um zu überleben ihre Zähne zeigen. Die Zahl der Opfer sei dabei irrelevant, wenn es „nur“ Feinde der Revolution seien. Steinberg beschuldigte die europäischen Kommunisten, durch die Rechtfertigung und Verharmlosung des stalinistischen Terrors, die Arbeiterjugend demoralisiert zu haben, was eine der Voraussetzungen



Steinberg prangerte Dzierżyńskis Staatsterror an.

für die Machtübernahme der Faschisten, besonders in Deutschland, gewesen sei. Und den zahlreichen jüdisch-amerikanischen Kommunisten und Sowjetunion-Sympathisanten, die Steinberg 1928 in New York kennenlernte, warf er vor, eine „doppelte Buchführung“ zu machen. Sie selbst würden unter dem Bolschewismus nicht leben wollen, hielten aber das Leben unter dem Terror der Bolschewiken für das russische Volk für zumutbar.

Doch trotz der Kritik am bolschewistischen Terror, der in der Herrschaft Stalins apokalyptische Ausmaße angenommen hatte, blieb Steinberg der Idee einer im Humanismus und in Rechtsstaatlichkeit verwurzelten weltweiten sozialistischen Umwälzung bis zum Lebensende treu. Denn die Idee des Sozialismus war, wie er meinte, gut, nur ihre Umsetzung in die Praxis desaströs. 

Erinnern und Tanzen

Eine Reise nach Tost

Es ist ein Tag mitten im Oktober im ober-schlesischen Toszek, einem kleinen Städtchen in Polen, 50 km südwestlich entfernt von Opole. Der Geruch von Herbst und Kohleheizung liegt in der Luft, die sich wie feiner Nebel auf die Landschaft legt. Über 400 km sind wir aus Dresden angereist: Sieben Menschen auf Spurensuche im ehemaligen sowjetischen Internierungs-lager Tost.

Dieses Lager war 1945 ein Internierungslager des NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR). Hier wurden deutsche Zivilisten interniert, um das besetzte Land zu „säubern“. Rechtsstaatliche Prozesse, offizielle Anklagen und Verfahren gab es für die Betroffenen nicht. Offiziell dienten die Lager der Entnazifizierung, in Wirklichkeit wurden hier zahlreiche Unschuldige inhaftiert. Als Grund für die Inhaftierung genügte es, als „antisowjetischer Gegner“ verdächtig zu sein. Hierher kamen ab dem Sommer 1945 auch 3704 Gefangene aus dem Speziallager Bautzen, eines von den zehn Speziallagern, die es in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) gab.

Nacheinander betreten wir das rote Backsteingebäude der Psychiatrie in Toszek, welches von Mai bis Dezember 1945 NKWD-Lager war und laufen das Treppenhaus hinauf. Zitronengelbe Ölfarbe an den Wänden, darauf selbst gemalte Bilder auf Pappe: Kunstwerke der Patienten.

„Diese Treppenstufen lief mein Vater jeden Tag während seiner Gefangenschaft hinauf“, sagt Bernd Haufe, einer meiner Mitreisenden, der neben mir die Treppe hinaufsteigt. Die Treppenstufen aus dun-

kelgrauem Stein sind original geblieben, wie sich auch der Rest des Gebäudes unerschütterlich gehalten hat. Ein Schiff aus stoischem rotem Backstein, erbaut im 19. Jahrhundert. Diese Steine können nicht reden, dazu brauchen sie Menschen.

Bernd Haufe ist dankbar, daß sein Vater ihm etwas von seinen Erlebnissen erzählen konnte. Auch wenn bei den Überlebenden das meiste hinter den Mauern des Schweigens eingehüllt blieb, denn die NKWD-Lager waren ein Tabu im real existierenden Sozialismus. Die meisten der Insassen waren nicht mehr in der Lage, über ihre Schicksale zu berichten. Sie starben an den Bedingungen hier im Lager, den Krankheiten, dem Hunger, der Folter, den unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Von den ca. 4500 Insassen, welche die Sowjets hier von Mai bis Dezember 1945 internierten, verstarben etwa 3000 Menschen. Das entspricht der Einwohnerschaft einer ganzen Kleinstadt. Das ober-schlesische Toszek, das bis 1945 deutsch war und Tost hieß, hat heute ca. 3500 Einwohner.

Einer dieser Gefangenen, der aus Tost nicht wieder zurückkam, ist der Vater Sybille Krägels. Die engagierte Hamburgerin ist die Initiatorin unserer Reise. Ihr Vater fand seine letzte Ruhe in einem der Massengräber in Tost, die sich in der Nähe des jüdischen Friedhofs befinden. Es ist ihre Lebensaufgabe geworden, die Spuren ihres Vaters und der anderen Gefangenen von Tost zu verfolgen, akribisch Daten zu sammeln, Angehörige zu informieren. Über 4500 Personendaten zu den Insassen des Lagers hat sie inzwischen ermittelt. Damit ist Sybille Krägel nicht allein: auch die Bewohner des Städtchens Toszek wollen aufarbeiten, was in dem Lager geschah. Mittlerweile ist aus dieser Erinnerungsarbeit heraus in Toszek eine Gemeinschaft entstanden. Ein Netzwerk aus Deutschen und Polen, welche der Menschen, die hier unter der Erde von Tost verscharrt wurden, würdig gedenken wollen.

Durch das ehemalige Lager führt uns Dorothea Matheja, Vorsitzende des Deutschen Kulturvereins, dem Verein der deutschen Minderheit, die hier in Toszek ca. 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Eine energiegeliche Frau, die beim Reden viel lächelt und Sybille Krägel bei der Begrüßung herzlich umarmt. Dorothea läuft im Treppenhaus voran. „Nach dem politischen Um-

bruch 1989 in Polen gab es hier in Toszek das große Bedürfnis, die Vergangenheit aufzuarbeiten und über das Lager und die Geschehnisse hier vor Ort zu reden“, erzählt sie mir.

Die Recherchen Sybille Krägels nach den Spuren der Gefangenen von Tost hat beide Frauen zueinander gebracht. Dorothea Matheja kann Sybille Krägel gut verstehen. Ihr Großvater wurde 1945 von Oberschlesien nach Kasachstan verschleppt und kam nie mehr zurück. Was



Fotos: M. Ermilich

Das ehemalige NKWD-Lager Tost, heute Psychiatrie.

das für die Angehörigen, vor allem für Kinder bedeutet, ist schwer in Worte zu fassen. Für mich ist es zu hören, in der Stille, wenn Sybille Krägel und Dorothea Matheja bei unserem Gang durch das ehemalige Lager um Worte ringen. In diesem Moment des Innehaltens, wenn die eigene Stimme von Gefühlen überwältigt wird, ist dieser Bruch zu spüren.

Mit diesen Erinnerungen im Kopf gehen wir gemeinsam durch das menschenleere Krankenhausbereich der Psychiatrie Toszek. Der Herbst läßt die Blätter der Bäume im Krankenhauspark gelb leuchten. Wir verlassen das Gelände und machen uns auf den Weg zu einer Andacht, in der wir gemeinsam mit den Tostern der Toten gedenken.

Am nächsten Tag besuchen wir den Gedenkstein am Massengrab.

Mit diesen Programmpunkten könnte unsere Gedenkfahrt eigentlich enden. Aber unsere Reise geht weiter: Dorothea Mathejas Verein hat uns eingeladen, gemeinsam das 30jährige Bestehen des deutschen Kulturvereins zu feiern in der mittelalterlichen Burg von Toszek, die wenige hundert Meter hinter unserem Hotel über dem Ort thront.



Auf Spurensuche am jüdischen Friedhof in Toszek, von Sybille Krägel.

Wir wechseln also von Gedenksteinen und Gräbern hin zu Kindern und Jugendlichen, die tanzen. Wie schaffen wir diesen Übergang vom Traurigen ins Freudige, von der Vergangenheit in die Gegenwart, frage ich mich kurz. Die Antwort ist einfach: Für die Bewohner von Toszek gehört beides zusammen: Das Erinnern und das Tanzen. Sie selber dürfen erst seit reichlich 30 Jahren wieder ihre schlesische Identität leben. Ein Weg, den sie sich Stück für Stück erarbeitet haben. Es ist ihnen wichtig, die Vergangenheit in ihre Identität zu integrieren und Brücken zu bauen sowohl nach Polen als auch nach Deutschland.

Und so sitzen wir im festlichen Saal der Burg in der ersten Reihe als Ehrengäste und sehen Kinder und Jugendliche tanzen. Wir erleben die Premiere eines Theaterstücks, Menschen werden nach vorne gebeten, Blumen werden überreicht, Reden

gehalten, das Publikum applaudiert. Und schließlich wird Sybille Krägel nach vorne gebeten, die mittlerweile Ehrenbürgerin der Stadt Toszek geworden ist. „Wir sind alle Toster“, sagt sie in Anlehnung an das berühmte Zitat John F. Kennedys.

Ich denke kurz über dieses Zitat nach. Paßt das? Ich schaue mich um im Saal und fühle mich heimisch. Sie hat recht: Auch ich bin Tosterin geworden, durch unsere Reise. Wer einmal an der Reise teilnimmt, die Sybille Krägel alle zwei Jahre organisiert, fährt meistens wieder mit. Die Stadt läßt einen nicht mehr los.

Und noch etwas bleibt: Auf dieser Reise kommen wir viel miteinander ins Gespräch. Ein zentrales Thema ist die Frage nach dem Sinn der Erinnerungsarbeit. Wie erklären wir Kindern und Jugendlichen, warum das wichtig ist? „Wir

wollen, daß so etwas wie hier nie wieder passiert“, erklärt mir mein Mitreisender Bernd Haufe und er fügt mit sächsischem Realismus hinzu „auch wenn das natürlich illusorisch ist.“

Als Gast dieser Reise interpretiere ich den Sinn des etwas sperrigen Begriffs der Erinnerungsarbeit so: Solange wir uns mit Menschenrechtsverletzungen nicht abfinden, wir Fragen stellen und aufklären, haben wir einen Schutz davor, daß sich Geschichte wiederholt. Wenn wir daraus noch Brücken bauen über die Grenzen hinweg, dann ist es eine Geschichte, die Mut macht. Ich überlege mir jedenfalls, ob ich nächstes Jahr wieder mitreisen werde.

Magdalena Ermlich
Stellvertretende Sächsische
Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur

Informationen auch in Brailleschrift

Einweihung einer Informationstafel für das DDR-Frauengefängnis in der Grünauer Straße

Für das ehemalige DDR-Frauengefängnis im Berliner Stadtteil Treptow-Köpenick wurde am 7. Oktober 2021 eine barrierefreie Informationstafel eingeweiht. Das Projekt knüpfte thematisch an das landes- und bezirksgeförderte Projekt zum Frauengefängnis in der Barnimstraße Nr. 10 im Zentrum von Berlin an, das von der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa finanziert wurde.

Ein besonderer Dank gilt den beiden Initiatoren Edith Fiedler (Mitglied Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerrinnen, verstorben 2021) sowie Dieter Gollnick (Gruppe für Gerechtigkeit von SED-Opfern), die sich viele Jahre für eine Würdigung dieses historischen Ortes einsetzten. Sie kooperierten dabei mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die die inhaltliche und praktische Umsetzung von der Antragstellung bis zur Einweihung der Informationstafel betreuten. Mit der Durchführung der eigentlichen Grundlagenforschung zur ehemaligen DDR-Strafvollzugsabteilung für Frauen und der Gestaltung der Infotafel wurde die Historikerin Sandra Czech beauftragt.

Bei strahlendem Sonnenschein kamen neben den Verantwortlichen für die Projektdurchführung und politischen Vertretern auf Landes- wie Bezirksebene auch der Initiator Dieter Gollnick aus Bayern und

der Ministerialrat bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Dr. Thomas Lindner aus Bonn, um die Enthüllung der Tafel gebührend zu feiern.

Einleitend stellte der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Helge Heidemeyer, das Projekt kurz vor, betonte seine Freude darüber, daß die Infotafel trotz zeitlicher Verzögerungen erfolgreich abgeschlossen werden konnte und bedankte sich bei allen Beteiligten. Auch Dieter Gollnick bedankte sich in seinem Grußwort bei allen Unterstützern des Projektes, ausgehend vom Berliner Senat bis hin zur Gedenkstätte. Der Bezirksbürgermeister Oliver Igel war ebenso zugegen und schilderte in seiner Rede sehr eindrücklich die Haftbedingungen anhand der Aussagen von Zeitzeuginnen.

Die letzten Grußworte sprach Dr. Torsten Wöhlert, Berliner Staatssekretär für Kultur, wobei er insbesondere auf die Problematik des Paragraphen 249 DDR-StGB einging, nach dem über 70 Prozent der dortigen Insassinnen verurteilt worden waren. Im Anschluß daran wurde die Informationstafel gemeinsam von Dr. Torsten Wöhlert, Oliver Igel und Dieter Gollnick feierlich enthüllt.

Die Informationstafel beschreibt in einem kurzen Text die Entstehung und die Art des Gefängnisses, sowie die Haftbedingungen



Helge Heidemeyer mit Fotos der Initiatorin Edith Fiedler.

der Insassinnen und deren Arbeitseinsatz im VEB Kombinat Rewatex. Diese Informationen sind auch in Brailleschrift auf der Tafel verankert. Zusätzlich können mittels drei QR-Codes weiterführende Informationen zur ehemaligen Strafvollzugsabteilung für Frauen und zwei Interviews mit Zeitzeuginnen als Hörbeiträge abgerufen werden. Diese Hintergrundinfos sind auf der Website der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Bereich Forschung/Projekte hinterlegt und sind jederzeit für Interessierte zugänglich.

S.C.

Es läßt einen nicht mehr los...

Gedenkveranstaltung „70 Jahre Frauenzuchthaus – Hoheneck“

Mit einer Gedenkveranstaltung anlässlich der Überstellung von 1119 Frauen und 33 Kindern aus russischen Speziallagern vor 70/71 Jahren, gedachte am 25. September 2021 die Stadt Stollberg in Kooperation mit dem „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ der Opfer stalinistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft. „Es läßt einen nicht mehr los“, so erinnern sich viele Frauen, die in den Jahren von 1950 bis 1989 zu Unrecht politisch verfolgt und inhaftiert wurden. Das Erinnern an das begangene Unrecht in der SBZ/DDR sehen wir als unseren Auftrag. Es steht beispielhaft für diese wichtige und würdevolle Gedenkveranstaltung. Jenes düstere Kapitel, das nicht in Vergessenheit geraten darf, erlaubt kein Wegschauen und Schweigen darüber.

Zahlreiche ehemals politisch inhaftierte Frauen, teilweise mit Angehörigen, waren anwesend. Eingeladen waren Stollberger Bürgerinnen und Bürger. Sie erfuhren zusätzlich von der Veranstaltung über die Medien und kamen in das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck. Die gut besuchte Tagesveranstaltung fand in der Cafeteria der „Phänomenia“ statt. Die Stadt Stollberg als Veranstalter und das „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“ als Kooperationspartner sorgten in der Planung der Veranstaltung für ein gutes Miteinander und erfolgreiches Gelingen.

Zur Einstimmung auf die Gedenkveranstaltung erklang Gitarrenmusik von zwei Musikschülerinnen der Kreismusikschule Stollberg.

Grußworte sprachen:

Gunter Weißbach, stellvertretender Bürgermeister, er vertrat OB Marcel Schmidt.

Amelie zu Eulenburg, Leiterin des Arbeitsbereichs Gedenkstätten und Erinnerungskultur der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Bundesstiftung wirkt seit ihrer Gründung daran mit, daß das Unrecht in der DDR nicht in Vergessenheit gerät. „Weibliche Haft Erfahrungen und Erinnerungen dürfen nicht marginalisiert werden“, so Amelie zu Eulenburg.

Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG e.V., richtete sehr persönliche Worte an die Frauen, war er doch selbst mit sechs Geschwistern politisch verfolgt und inhaftiert. Eine Schwester war in den 80er Jahren ebenfalls im Frauenzuchthaus Hoheneck eingesperrt.

Dr. Markus Pieper, seit dem 1. September 2021 neu im Amt als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, machte deutlich, wie wichtig Gedenkstätten für die Erinnerungskultur im Freistaat Sachsen sind und wie verantwortlich sie ihren Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten. An einer guten Zusammenarbeit mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, den Zeitzeugen, Zeitzeuginnen und vielen Beteiligten zur Errichtung eines würdigen Gedenkortes sind alle mit viel Engagement interessiert.

Prof. Dr. Stefan Appelius, Politikwissenschaftler, ist seit 1. Juni 2021 im Interimsbüro der zukünftigen Gedenkstätte Hoheneck als

Projektleiter tätig. Bei der Forschung und konzeptionellen Arbeit der Gedenkstätte nimmt er sich viel Zeit für Gespräche mit Zeitzeuginnen, Behörden und Recherchen in Archiven.

Konstanze Helber, Vorsitzende des „Forums für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“, konnte persönliche Worte an ihre ehemaligen Haftkameradinnen mit ihren Angehörigen und allen Anwesenden überbringen. Etwas sehr Herausforderndes und sehr Besonderes an diesem Ort, dem Speisesaal des ehemaligen Frauenzuchthaus Hoheneck, war es für sie, am Rednerpult zu stehen und Worte zu finden, die erinnern, schmerzen und befreien. Sich zu erinnern befreit, wenn man seine Geschichte kennt, nichts mehr verdrängt und diese an aufmerksame Menschen vermitteln kann.

Die Geschichte der Stadt Stollberg ist aufs Engste mit dem Frauenzuchthaus verbunden. Auch das war Anlaß, die Gedenkveranstaltung „70 Jahre Frauenzuchthaus Hoheneck“ zur Würdigung und Wertschätzung aller politisch verfolgten und inhaftierten Frauen in der SBZ/SED-Diktatur durchzuführen.

Pfarrer Matthias Müller von der Evangelisch-Lutherischen St.-Jakobi-Kirchengemeinde Stollberg fand Worte des Zuspruchs. Er sprach dabei die Momente an, in denen man verzweifelt einen Ort der Hoffnung sucht und ihn nicht findet. Wir haben die Ängste durchlebt und teils nicht überwunden. Er sagte: „Aber egal, wie schwierig die Umstände sind, denken Sie nie, daß Sie hilflos oder gar hoffnungslos sind.“ Seine Worte waren Worte des Zuspruchs und Trostes zugleich.

Mit einem Einführungsvortrag zur Geschichte des Frauenzuchthaus Hoheneck und seiner Nutzung bis 1989 referierte **Dr. Nancy Aris**, Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie moderierte auch das anschließende Zeitzeugengespräch mit Annemarie Krause und Birgit Schlicke. Frau Krause war eine der ersten Frauen, die 1950 in einem Transport vom ehemaligen KZ Sachsenhausen mit den 1119 Frauen und 33 Kindern im Frauenzuchthaus Hoheneck ankamen. Birgit Schlicke war eine der letzten po-



Blick über Stollberg auf das ehemalige Frauenzuchthaus in der Burg Stollberg.

litisch inhaftierten Frauen, die 1989 den 9. November buchstäblich im Gefängnis „verschlief“. Beide erzählten eindrücklich ihre Geschichte.

Schülerinnen und Schüler des Stollberger Carl von Bach Gymnasiums der Klasse 12, die zu einer Podiumsdiskussion „Frauen in politischer Haft“, am Beispiel von Annemarie Krause und Birgit Schlicke eingeladen wurden, beteiligten sich mit ihren Fragen und Diskussionsbeiträgen sehr rege am Gespräch, welches auch das Publikum mit einschloß.

Gunhild Gerth, eine ehemalige politisch Inhaftierte, verlas während der Diskussion einen Brief, den Sie 1990 an ihre sogenannte Erzieherin Oberleutnant Suttinger geschrieben hatte. Wir alle erfuhren von den Menschenrechtsverletzungen, die diese Aufseherin täglich an den Häftlingen verübte. Mit diesem Brief sollte die Aufseherin nicht diffamiert werden, sondern er sollte ihr bei der Vergangenheitsbewältigung helfen und damit der Zukunft einen Dienst erweisen. Die Erzieherin behauptete 1990, „ein absolut reines Gewissen“ zu haben. Was für ein Selbstbetrug.

Zeitgleich fanden, durch die Baumaßnahmen eingeschränkt, zwei Führungen durch die ehemalige Haftanstalt statt.

Am Spätnachmittag wurde am Gedenkstein eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung durchgeführt. Worte des Gedenkens entboten Gunhild Gerth, inhaftiert im Frauenzuchthaus Hoheneck von 1973 bis 1975, für das Frauenforum Konstanze Helber, inhaftiert von 1977 bis 1979, und Carla Ottmann, inhaftiert 1979 im Frauenzuchthaus Hoheneck. Für die Stadtverwaltung Stollberg richtete Prof. Dr. Stefan Appellius Grüße an alle ehemals geschundenen Frauen.

Betont wurde von den Rednerinnen die zu Unrecht beschnittene Lebenszeit. Stellvertretend für alle sagte Gunhild Gerth: „Was uns widerfuhr, ist zu Unrecht gestohlene Lebenszeit. Wir sind froh über die vielen glücklichen Momente, die uns trotzdem begegnen. Wir gedenken all jener, die wegen ihres Alters und gesundheitlicher Einschränkungen nicht unter uns sein können.“

Es war ein ganz besonderer Tag mit vielen nachhaltigen Eindrücken.

Unser Dank gilt ganz herzlich Carla Ottmann, die uns durch die Gedenkver-

anstaltung moderierte und auf die Einhaltung der Zeit achtgab.

Sonntag, 26. September 2021 – Bürgertalk im Eingangsbereich des Frauenzuchthaus Hoheneck

Bundestagswahl – „die Phänomenia“ wurde zum Wahllokal. Wir Frauen hatten lange zuvor geplant, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Eingeladen wurde zu einem Bürgertalk. Mit dem Aufsteller unseres Vereins, „Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V.“, dem sehr auffallenden Logo mit dem Frauenkopf, waren wir nicht zu übersehen. Mit dabei waren Konstanze Helber, Karin Leberwurst, Carla Ottmann und Birgit Schlicke, dazu kamen ehemalige Hoheneckerinnen, Franca Zullic mit Freundin, Roswitha Drabek mit Sohn und Freundin. Und weitere Bürger, u.a. ein Handwerker, von Beruf Maler, 90 Jahre alt, der uns erzählte wie er für das Gefängnis gearbeitet hat, z.B. im Kulturhaus malerte. Er kam mit sogenannten „Langstrafern“, die dort arbeiteten, ins Gespräch, obwohl das verboten war, und erfuhr so von den schlimmen Zuständen, die im Gefängnis herrschten. Er nahm ebenfalls an der Sonntagsführung durch das Gefängnis teil. Die Eindrücke belasteten ihn derart, daß er die Führung vorzeitig verlies.

Roswitha Drabek, inhaftiert 1971 als 17jähriges Mädchen wegen eines Fluchtversuchs, kam mit ihrem Sohn und dessen Freundin. Frau Drabek war zehn Monate auf der damaligen Jugendabteilung, die heute nicht mehr zu besichtigen ist. Sie war zusammen mit 21 Jugendlichen in einer Zelle „verwahrt“ und ohne Arbeit. Roswitha Drabek berichtete weiter, wie sie in der Arrestzelle fixiert über eine lange Zeit gequält wurde. Franca Zullic aus Dresden zeigte ihrer Freundin während der Führung die Arrestzelle, in der sie 1977 fixiert über mehrere Tage eingesperrt war. Frau Zullic leidet heute unter gesundheitlichen Haftfolgeschäden.

Eine Stollberger Bürgerin wollte mehr über ihren Opa erfahren, der jeden Tag mit seinem abgerichteten Schäferhund als Wachmann im Gefängnis seinen Dienst versah. Sie, die Enkelin, will verstehen, was für ein Mensch ihr Großvater war. In ihrer Familie wird bis heute darüber geschwiegen.

Ein Ehepaar kam zu spät, um an der Führung teilzunehmen und nutzte nun

die Zeit für ein Gespräch mit uns. Beide waren zu DDR-Zeiten im Hauptwerk ESDA Thalheim beschäftigt. Sie beschrieben, wie im Hof dort LKWs mit der Aufschrift von C&A vorfuhren und Ware abholten. Sie wußten damals auch, daß Häftlinge in Hoheneck für ESDA gearbeitet haben und sogenannte Westware produzierten. Sie gaben uns ihre Adresse zur Weiterleitung

an die UOKG, die das Thema „Zwangsarbeit“ und deren Entschädigungsmöglichkeiten erforscht. Der Ehemann berichtete ferner, daß er mit einem LKW Kohlen in das Gefängnis fuhr. Diese mußten von den Frauen mit der Hand abgeladen werden. Ebenso auch Steine, obwohl der LKW eine Kippfunktion hatte.

Zurufe von einigen Bürgern, wie: „Klasse, daß ihr hier steht und auf euch aufmerksam macht“, fanden wir ebenso gut wie die Gespräche.

Eine unschöne Begegnung gab es bei der Führung durch das Gefängnis. Frau Sölter hat ihre Eindrücke als persönliche Gedanken aufgeschrieben. „Gesicht zur Wand“, ist ein erschütternder Bericht einer Besucherin der Sonntagsführung durch das ehemalige Frauenzuchthaus Hoheneck. Wir haben uns dazu entschlossen, diesen Bericht hier im Stacheldraht zu veröffentlichen mit der Einwilligung von Frau Sölter (Ausg. 9/2021).

Unser Dank gilt allen, die an der Gedenkveranstaltung „70 Jahre Frauenzuchthaus Hoheneck“ mitgewirkt haben. Damit wurde den Frauen eine längst überfällige Würdigung ihrer erlittenen Repressalien in dieser Form des Erinnerns an ein düsteres und zutiefst menschenunwürdiges Kapitel der deutschen Geschichte zuteil.

(Die Gedenkveranstaltung wurde gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.)

Konstanze Helber und Carla Ottmann



Annemarie Krause, 90 Jahre alt, häufig als Zeitzeugin unterwegs.

Rückgabe der Namen

Am 29. Oktober, am Vorabend des in Rußland offiziellen Gedenktages für die Opfer politischer Verfolgung, werden jedes Jahr in vielen russischen Städten die Namen derer verlesen, die Opfer des stalinistischen Terrors wurden. Auch in diesem Jahr hat sich Memorial Deutschland e.V. dieser Gedenkveranstaltung angeschlossen und dazu eingeladen, gemeinsam am 29. Oktober 2021 von 17 bis 19 Uhr am Denkmal für die Opfer des Stalinismus auf dem Steinplatz in Berlin-Charlottenburg die Namen der aus Berlin

und Brandenburg stammenden Opfer zu verlesen.

Von den 923 Zivilisten aus Deutschland, die zwischen 1950 und 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen zum Tode verurteilt, nach Moskau verschleppt und dort erschossen wurden, kamen 241 Personen aus Berlin und Brandenburg. Die meisten Opfer wurden nach dem Zerfall der Sowjetunion von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Die Opfer haben kein individuelles Grab, sie wurden heimlich erschossen. Im Rahmen der Veranstaltung wollten wir ihnen zumindest ihre Namen zurückgeben. Anwesende nahmen die Gelegenheit wahr, um auch andere für sie wichtige Personen, die Opfer sowjetischer Gewalt Herrschaft wurden, vorzulesen.

Mit einem Hungerstreik begingen am 30. Oktober 1974 zum ersten Mal Gefangene aus Lagern in den Regionen Mordwinien und Perm den „Gedenktag für die politischen Gefangenen“. Bis 1987 traten an diesem Tag immer Gefangene in den

Hungerstreik. Ab 1987 fanden in großen Städten der Sowjetunion Demonstrationen statt und 1989 bildeten ca. 3000 Menschen mit Kerzen in der Hand eine Menschenkette um das KGB-Gebäude in Moskau. Am 18. Oktober 1991 wurde der 30. Oktober vom Obersten Rat der Russischen Sowjetrepublik zum offiziellen „Gedenktag der Opfer politischer Verfolgung“.

Bei schönstem Herbstwetter nahmen etwa 50 Teilnehmer an dieser Gedenkveranstaltung in Berlin-Charlottenburg am Steinplatz teil. Die Veranstaltung wurde von MEMORIAL organisiert mit ihren vielen Freunden und Sympathisanten aus Rußland.

Auch die Lagergemeinschaft Workuta/GULag Sowjetunion war bei der Namenslesung dabei und erinnerte speziell an Erika und Günther Kunert und Alfred Nätke. Sabine Erdmann-Kutnecic (Vorstandsmitglied Memorial Deutschland) erinnerte in einer bewegenden Rede an ihren Onkel Hans-Jürgen Erdmann (väterlicherseits), der am 26. Juni 1952 in Moskau erschossen wurde.

Stefan Krikowski



Stefan Krikowski stellt eine Kerze auf.

Abschied

Dieter Graeser

Dieter Graeser war einer der politischen Häftlinge, die in besonderer Weise in die Geschichte der Haftanstalt Cottbus eingingen. Verweigerung der Arbeit führte zur Absonderung in die Nichtarbeiterstation, er galt der SED als „Besserungsunwillig“. Dort befreundete er sich mit dem bekannten Schauspieler Horst Schön. Dieter wurde in den Siebziger Jahren eingesperrt, weil er in die Bundesrepublik zu flüchten versuchte. In seinem Heimatort Eggersdorf spielte er Fußball mit Lutz Eigendorf, der nach seiner Flucht in den Westen einen nicht geklärten tödlichen Autounfall erlitt.

Nach seinem Freikauf engagierte sich Dieter in Berlin in der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), später auch im Demokratischen Klub (dk) sowie in der FDP. Ende der siebziger Jahre gehörte er zum politischen Umfeld des Menschenrechtlers Bernd Moldenhauer, der 1980 von einem Stasi-Agenten erdrosselt wurde. Aus den MfS-Akten geht hervor,

daß Dieter im Westen ähnlich wie Moldenhauer von der Stasi als gefährlicher Feind der DDR gesehen wurde. Behörden im Westen kannten ihn als ungewöhnlich belesen und kompetent in juristischen Fragen, obwohl er von der Ausbildung her Naturwissenschaftler und nicht Jurist war.

Als Diplomingenieur für Chemietechnik versuchte er die Berliner Stadtverwaltung in Umweltfragen zu unterstützen. Da dies aber sehr kritisch war, wurde es ihm nicht gedankt. Bis zuletzt konnten ehemalige DDR-Häftlinge von seiner Hilfsbereitschaft profitieren, bis zuletzt brachte er sich als Zeitzeuge in die Aufklärung über den verbrecherischen SED-Staat ein.

Als er seinen Haftkameraden Siegmund Faust öffentlich verleumdet sah, stand ihm Dieter publizistisch zur Seite. Er war einer derjenigen, auf die man sich immer verlassen konnte. Ende Oktober ist er an Krebs gestorben, er wurde gerade einmal 70 Jahre alt. Wir wollen hoffen, daß sein Grab nicht wie das seines Freundes Horst neben dem eines SED-Oberlen liegen wird.

Bernd Lippmann

Ewald Ott

Am 13. September ist Ewald Ott im Alter von 89 Jahren verstorben. Er hat der UOKG mehr als 20 Jahre als Verantwortlicher für ihre Finanzen gedient, mit seiner früheren Tätigkeit im Bundesministerium der Finanzen brachte er dafür beste Voraussetzungen mit.

Zu seiner Beisetzung in seiner Wahlheimat Niederkassel-Rheidt bei Bonn am 28. September waren auffallend viele Trauergäste erschienen, der dortige Pfarrer hielt eine wunderbare Ansprache. Ein langjähriger Kollege von ihm aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen würdigte im anschließenden Beisammensein ausführlich und sichtlich beeindruckt seine Gradlinigkeit und Prinzipientreue.

Auch ich dankte seiner Frau und anderen Angehörigen des Verstorbenen in einer kurzen Ansprache für sein Engagement für die UOKG und seine außerordentlich zuverlässige Arbeit.

Dr. Wolfgang-Christian Fuchs
Regionalbeauftragter der UOKG
für Nordrhein-Westfalen

Taschenkalender „Erinnerung als Auftrag 2022“ erschienen

Der neue Taschenkalender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für das Jahr 2022 ist erschienen. Der Kalender möchte seine Leserinnen und Leser durch das kommende Jahr begleiten und dabei nicht nur an ihre Termine in der Gegenwart erinnern, sondern Tag für Tag auf die vielen großen und kleinen Ereignisse des Jahres 1992 hinweisen, des zweiten gemeinsamen Jahres der Deutschen nach der Wiedervereinigung.

Die Chronik 1992 berichtet von den großen Mühen des Transformationsprozesses, der unter den Bedingungen einer rückläufigen Konjunktur in der Bundesrepublik gemeistert werden muß und vor allem für die Menschen im Osten des vereinigten Landes zu großen Belastungen führt. Die Meldungen illustrieren, wie neben der juristischen Aufarbeitung und der Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde der Deutsche Bundestag mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur“ eine umfassende gesellschaftliche Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit anstößt. Das Kalendarium beschreibt, wie es Ende August in Rostock-Lichtenhagen zu den bisher schwersten rassistisch motivierten Gewalttaten im wiedervereinten Deutschland kommt und die fremdenfeindliche Welle auch in den Wochen danach nicht abebbt, während die Öffentlichkeit entsetzt und hilflos reagiert.

Die ersten 50 Leserinnen und Leser des „Stacheldrahts“, die sich mit Nennung des Stichwortes „Stacheldraht“ unter der Telefonnummer (030) 319895-0 bei der Bundesstiftung Aufarbeitung melden, bekommen den Taschenkalender kostenlos zugeschickt. Weitere Exemplare des Taschenkalenders können bei der Bundesstiftung Aufarbeitung unter der Telefonnummer (030) 319895-0 oder per E-Mail an buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de bestellt werden.

Information der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer der UOKG,

ich möchte hier noch einmal an das Editorial anknüpfen und Sie bitten, sofern es Ihnen möglich sein sollte, die UOKG mit einer Spende zu unterstützen. Wie Ihnen bekannt ist, wird die UOKG zwar von Bund und Land unterstützt. Auch die Verbände und Initiativen, die sich der UOKG angeschlossen haben, leisten ihren bestmöglichen Beitrag, ebenso wie unsere Fördermitglieder.

Trotz allem sind wir darüber hinaus auch weiterhin auf Ihre Hilfe angewiesen, um etwa die fälligen Eigenanteile bei gestellten Projektförderanträgen stemmen

zu können. Auch die weitere Recherche im Rahmen des Themas Zwangsarbeit (s. auch S. 6) gehört zu den kostenintensiven Ausgaben.

Ich bedanke mich schon im voraus sehr herzlich bei allen und wünsche Ihnen eine angenehme Lektüre.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Ihr Dieter Dombrowski

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Bestätigung

über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 4.3.2019 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts _____ **BIC** _____

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
U O K G e. V.

IBAN
DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
DEUTDE33HAN

Betrag: Euro, Cent _____

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers
S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN _____ **08**

Datum _____ **Unterschrift(en)** _____

Art.-Nr.: 113 360 / 423 100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
 Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Geschichtsmesse noch einmal verschoben

Wir möchten Sie darüber informieren, daß die zuletzt auf den Januar 2022 verlegte 14. Geschichtsmesse aufgrund der anhaltenden Pandemielage leider erneut verschoben werden muß. Der neue Termin für die 14. Geschichtsmesse ist der 28. bis 30. April 2022 im Ringberg Hotel in Suhl.

Die Geschichtsmesse wird wieder ein umfangreiches Programm mit Podiumsgesprächen, Vorträgen und Filmen bieten.

Das dreitägige Forum informiert darüber hinaus über eine Vielzahl aktueller Ausstellungen, Schulprojekte, Veranstaltungsvorhaben, Dokumentarfilme und Publikationen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch selber vorstellen können. Weitere Information zur seit 2008 stattfindenden Geschichtsmesse finden Sie auf www.geschichtsmesse.de.

Die Einladung zur Mitwirkung an der 14.

Geschichtsmesse als Teilnehmer wird Ihnen voraussichtlich Anfang Januar 2022 zugehen. Wir bitten Sie sehr herzlich, bis zu diesem Zeitpunkt von Anmeldungen abzusehen.

Wir würden uns sehr freuen, Sie auf der Geschichtsmesse im Frühling 2022 kennenzulernen oder wiederzusehen.

Bis dahin wünschen wir Ihnen beste Gesundheit!

Mit freundlichen Grüßen

Das Team der Geschichtsmesse
der Bundesstiftung Aufarbeitung

Deutsches Historisches Museum übergibt originale Mauerelemente an Stiftung Berliner Mauer


(sbm) Die Stiftung Deutsches Historisches Museum hat der Stiftung Berliner Mauer 24 originale Mauerelemente sowie sieben Rohrauflagen, sogenannte Mauerkronen, übergeben. Die großformatigen Teilstücke der Berliner Mauer mit einem Gewicht von jeweils 2,6 Tonnen befanden sich bislang in der Sammlung für Alltagskultur des Deutschen Historischen Museums. Sechs weitere Mauerelemente verbleiben in der DHM-Sammlung.

Prof. Dr. Raphael Gross, Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum: „1990 existierten noch keine Stiftungen oder Erinnerungsorte an die Sowjetische Besatzungszone und die DDR beziehungsweise waren sie gerade erst im Entstehen begriffen. Deshalb war es 1990 ein folgerichtiger Schritt, die Mauerelemente an das Deutsche Historische Museum zu übergeben. Heute, 31 Jahre nach der

deutschen Wiedervereinigung, hat sich eine differenzierte Erinnerungslandschaft an SBZ und DDR, an die deutsche Teilung, das Grenzregime der DDR und nicht zuletzt an die Friedliche Revolution entwickelt und institutionalisiert. Die Stiftung und Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße ist der ideale Ort, um die historischen Spuren bestmöglich zu dokumentieren und Forschenden zugänglich zu machen. Deshalb freut es mich sehr, daß diese zentralen Objekte zur Geschichte der Berliner Mauer künftig dort aufbewahrt werden.“

Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer: „Die Original-Mauerelemente der Grenzmauer 75 sind sehr wertvoll für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit unserer Stiftung. Deshalb sind wir sehr dankbar für die gute und vertiefte Kooperation mit dem Deutschen

Historischen Museum. Zusammen mit den vielgestaltigen anderen Überresten und Relikten der Grenzanlagen aus drei Jahrzehnten können wir mit ihnen historische Kontexte veranschaulichen. Wir wollen die Elemente zukünftig im Rahmen von Sonderführungen und Workshops in der Bernauer Straße einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.“

Die Mauersegmente waren dem Deutschen Historischen Museum am 4. September 1990 vom Grenzkommando Mitte übergeben worden. Von 1975 bis 1990 waren sie in Berlin zur Grenzsicherung eingesetzt worden. 

9. European Remembrance Symposium in Estland

Das Symposium vom 26. bis 28. Oktober in Tallinn zielte darauf ab, Meinungen, Empfehlungen und Vorschläge für die Zukunft einer breit verstandenen Erinnerungspolitik in Europa und die Rolle von Geschichte und Erinnerung bei der Schaffung einer zeitgenössischen europäischen Identität zu sammeln. Im Mittelpunkt des zweiten Symposiumstages stand die Debatte zum Thema „Erinnerung in Aktion: Herausforderungen im Alltag und Empfehlungen für die Zukunft“, in der Vertreterinnen und Vertreter international tätiger Institutionen der Geschichtsvermittlung und des Gedenkens eine Zusammenfassung der bisherigen Erfahrungen und des Alltags präsentierte. 

Arno Esch – Eine Biographie

Arno Esch gehörte zu denjenigen, deren Durst nach Freiheit und Demokratie in unmittelbarer Folge von NS-Diktatur und Weltenbrand größer war als ihr Streben nach persönlichem Wohlergehen. Am 24. Juli 1951 wurde er in Moskau erschossen.

Seitdem ist vielfältig an diesen jungen Rostocker Studenten erinnert worden. Aber eine umfassende Biographie fehlte. Diese Lücke ist jetzt durch die Arbeit von Dr. Natalja Jeske geschlossen worden. Die Autorin zeichnet den gesamten Lebensweg von Arno Esch nach. Sie ist in seinen Geburtsort Memel (heute Klaipeda) gereist, um Einblick in die nähere Umgebung während seiner Kindheit und frühen Jugendjahre zu gewinnen. Sie hat Wegbegleiter gefunden aus der Zeit, in der er als Flakhelfer zum Kriegsdienst verpflichtet war. Einer seiner Mitschüler erinnert an sein Auftreten während der Abiturientenverabschiedung in Grevesmühlen, wo Esch im Herbst 1945 seine Reifeprüfung nachholen mußte. Die Autorin hat Verwandte von Esch gefunden und aufgesucht. Dadurch konnten familiäres und ebenso alte Familienfotos in den Text einfließen.

Die Zeit an der Rostocker Universität und sein Engagement in der liberalen Partei stehen als große Kapitel im Mittelpunkt dieser Biographie. In dieser Zeit hat er sich nicht nur im ständigen Widerspruch

mit den Funktionären der immer mächtiger werdenden SED-Diktatur befunden, sondern eigene Ideen für die Erneuerung des Liberalismus entwickelt. So geriet er im Herbst 1949 endgültig in die Fänge der sowjetischen Staatssicherheit.

Einer seiner engen Freunde, Hans-Günther Hoppe, notierte: „Die Ideologen empfanden den von Arno Esch in Mecklenburg organisierten Liberalismus nicht nur als politische, sondern auch als geistige Bedrohung. Sein Leben auszulöschen, erschien ihnen der einzige Ausweg.“ Am Demmlerplatz in Schwerin, dem damaligen Zentrum der sowjetischen Staatssicherheit in Mecklenburg, wurde das Urteil gefällt: Tod durch Erschießen.

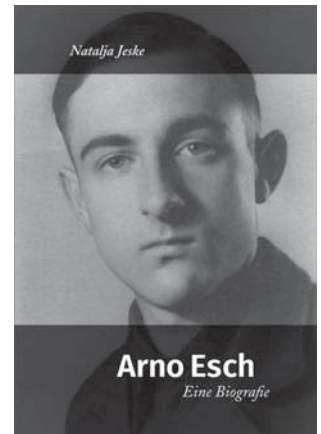
Mit sehr viel Sorgfalt hat Natalja Jeske das gesamte Aktenmaterial ausgewertet und daraus einen gut lesbaren Text erstellt. Ihre muttersprachlichen Kenntnisse und das Gefühl für die perfiden Sprachverdrehungen der sowjetischen Vernehmer erwiesen sich dabei als Glücksfall. Mehr als 1400 Fußnoten belegen ihre Aussagen. Sie zeichnete so ein Lebensbild von Arno Esch, das es ermöglicht, ihn als Symbolfigur für den frühen Widerstand und die geistige Erneuerung in der Nachkriegszeit zu sehen. Und mehr als das: Diese Biographie stellt gleichzeitig einen Abschnitt deutscher Zeitgeschichte dar.

Arno Esch hat ein Vermächtnis hinterlassen. Karl-Hermann Flach, einer seiner ganz engen Freunde, der spätere Generalsekretär der FDP, hat die Gedanken von Esch als programmatische Erneuerung in das Freiburger Programm der FDP eingebracht. Die Bildung der sozial-liberalen Koalition ist durch die Ideen von Esch deutlich inspiriert worden.

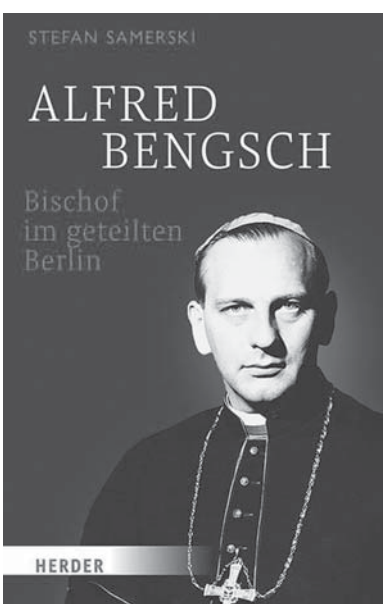
Natalja Jeske schließt ihren Text mit den Worten: „Er [Arno Esch] soll nicht ausschließlich als [...] glänzender Rhetoriker oder als Opfer des Stalinismus in die Geschichte eingehen. Seine Rolle ist die Rolle des Gestalters. Er hat sich selbst als ‚liberale Persönlichkeit‘ in intensiver geistiger Arbeit erschaffen. Er hat die Menschen, mit denen er geistig verbunden war, nachhaltig beeinflusst. Er hat die Geschichte über die Grenzen des eigenen Lebens hinaus mitgeprägt.“

Alle, die sich mit dem Andenken an Arno Esch verbunden fühlen, schulden der Autorin großen Dank für diese außerordentlich gelungene Arbeit.

Peter Moeller



.....
 Natalja Jeske: Arno Esch. Eine Biographie, Hg. Die Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schwerin 2021, 451 S., 50 Abb., Schutzgebühr 10,- €, Bezugsmöglichkeit: Geschäftsstelle der Landesbeauftragten, Tel. (0385) 734006, E-Mail post@lammv.mv-regierung.de



.....
 Stefan Samerski: Alfred Bengsch – Bischof im geteilten Berlin, Herder Verlag 2021, 256 S., 38,- €

„Eine gewisse Verhärtung“

Die komplizierte und konfliktreiche Lage der katholischen Kirche im Verhältnis zur sozialistischen DDR-Regierung kann man gut am Agieren von Alfred Bengsch nachvollziehen und einordnen. In den Wochen des Mauerbaus wurde er Bischof von Gesamt-Berlin und durchlebte dort den Kalten Krieg bis zur Entspannungspolitik.

In dieser Rezension geht es nicht so sehr um Kindheit, Jugend, Kriegsteilnahme, Studium, Theologie, sondern hauptsächlich um das schwierige Verhältnis zum DDR-Regime. Durch den Mauerbau war sein Amtssitz in Ost-Berlin von West-Berlin abgetrennt.

Er wollte sein theologisches Wirken aber nicht gefährdet sehen und vermied es, allzu deutlich auf die Tagespolitik einzu-

gehen (fast eine „politische Abstinenz“), hielt aber unbeirrt an der Einheit des Bistums sowie damit an der übergreifenden kirchlichen Seelsorge fest.

So stellte die Stasi seit 1963 in einem Bericht „eine gewisse Verhärtung bei gleichzeitigem diplomatischem Taktieren gegenüber dem Staatsapparat“ fest.

In sittlich-moralischen Angelegenheiten machte er keinerlei Kompromisse, z.B. bei den Themen des staatlich legitimierten Schwangerschaftsabbruchs, bei Jugendweihe, Wehrpflichtgesetz und ökumenischer Öffnung.

Das 2. Vatikanische Konzil, das zu Reformen aufrief, sah er gespalten: einerseits Freude an der Öffnung für Neues, andererseits war er skeptisch bei der Um-



setzung (ein „Bremser“). Bengsch kritisierte die „Vatikanische Ostpolitik“, wenn es um die Neuordnung der Bistümer (in den früheren deutschen Ostgebieten und in der DDR) ging. In dieser Zeit ernannte ihn Paul VI zum Kardinal. Aber die Meinungsverschiedenheiten blieben, so daß der Papst ihm sogar 1978 eine Audienz verweigerte. Das Problem löste sich mit dem Tod des Papstes und wurde von Johannes Paul II nicht weiter verfolgt.

Als Alfred Bengsch im Dezember 1979 starb, sprach ihm das Bistum Berlin seine Anerkennung dafür aus, daß er „leidenschaftlich die Einheit des in Ost und West zerrissenen Bistums Berlin bewahrt“ habe.

Stefan Samerski, Prof. für Kirchengeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Priester, stellt einerseits vor allem den Prototyp eines sehr sympathischen Seelsorgers vor, an-

dererseits zeigt er, wie viel Kraft und Zeit in die politischen Auseinandersetzungen in Berlin, im Herzen der Weltgeschichte, gesteckt werden mußte.

Das spannende Buch der jüngsten Kirchen- und Zeitgeschichte ist eine Hommage an Bischof Bengsch, der 2021 hundert Jahre alt geworden wäre.

Berthold Schäffner

Noch einmal „Widerstand. Eine Abrechnung...“

Wenn der Titel des neuen Buches von Wolfgang Welsch über die Mechanismen des SED-Staates DDR und dessen Aufarbeitung lautet: „Widerstand, eine Abrechnung...“ so ist mir der Inhalt damit nur unzureichend beschrieben. Eher würde ich von einer Monographie, einer wissenschaftlichen Aufarbeitung von Widerstand und Verfolgung, von Verharmlosungsstrategien des untergegangenen Mafiastaats DDR sprechen. Welsch, der wegen seines eigenen Widerstandes fast sieben Jahre Zuchthaus in der DDR verbüßte und nach seinem Freikauf durch die Bundesrepublik zu einem der erfolgreichsten Fluchthelfer avancierte, gegen den drei gerichtlich nachgewiesene Stasi-Mordanschläge verübt wurden, setzt sich mit diesem Buch unter anderem auch mit der Bürgerrechtsbewegung auseinander, deren Bedeutung seiner Meinung nach in der Nach-DDR maßlos überschätzt wird. Überschätzt? Ja, denn die Bürgerrechtler wollten trotz aller Verfolgung die DDR

keineswegs abschaffen, sondern lediglich reformieren. Kommunistische Diktaturen aber, so Welsch, lassen sich nicht reformieren, sind jedenfalls noch nie reformiert worden. Alle Versuche sind immer gescheitert.

Die DDR ist nicht durch die Arbeit der Bürgerrechtsbewegung untergegangen, sondern durch die Aktivitäten der Widerständigen, zu denen der Autor unter anderen die Fluchthelfer und

die Republikflüchtlinge zählt. Und natürlich die zu langen Zuchthausstrafen verurteilten politischen Häftlinge. Die Bundesrepublik habe die DDR u.a. durch Kredite und Freikauf von Gefangenen alimentiert. 1987 habe Alexander Schalck-Golodkowski Franz Josef Strauß gegenüber erklärt, die DDR sei insolvent. Willy Brandts und Egon Bahrs Politik des Wandels durch Annäherung haben die Verbrechen der Machthaber um Erich Honecker und Erich Mielke verschleiert, das Regime salonfähig gemacht und zu dessen internationaler Anerkennung geführt. Viele der Bürgerrechtler seien in ihrer Bedeutung für den Sturz der Diktatur überschätzt. Nach der Wende sind sie zu Ehren, Ansehen und politischen, teilweise hohen Ämtern gelangt und überhöhten ihre oppositionelle Bedeutung in öffentlichen Äußerungen und Büchern.

„Die wissenschaftlichen Gremien der Aufklärung werden von ‚Aufarbeitern‘ dominiert, die den SED-Staat nicht nur auf ihre Diktatur-Geschichte reduzieren wollen. Daß es eine ‚nicht nur Diktatur‘ ebenso wenig gibt, wie man nicht nur ‚ein bißchen schwanger‘ sein kann, stört diese Aufarbeiter nicht.“ (S. 318) Dem letzten Kapitel „Ausblick“ stellt Welsch ein Motto voran: „Der Kampf des Menschen gegen die Macht ist der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen.“ (Milan Kundera, S. 323)

Für den Autor ist die Erinnerung ein wichtiges Moment im Leben der Menschheit. Auch die Vergleiche von Diktaturen sind für ihn unerlässlich und haben nichts mit Gleichsetzung zu tun. Strukturell seien Nazismus und real existierender Sozialismus der DDR durchaus miteinander vergleichbar, auch wenn die DDR keinen Genozid begangen habe, dafür aber Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb sind für ihn Opferrenten und – Entschädigungen, gemessen an denen

der für die Faschismusopfer gezahlten, unannehmbar.

Die Stasiverbrecher und mit ihnen die kommunistische Elite hätten wegen des unbefriedigenden Einigungsvertrags und mangelnder juristischer Verfolgung der DDR-Verbrechen keinen Anlaß zur Reue für ihre Taten gezeigt und sind im wiedervereinigten Deutschland zu Ämtern und Ansehen gelangt. Während die Opfer ihres Regimes größtenteils in Armut lebten, würden ihre „Schergen“ gesicherte Existenzen haben. Die DDR-Verbrechen sollten unter den Tisch gekehrt werden. Man wolle sich nicht selbst ins Gesicht spucken müssen. Da die DDR kein Unrechtsstaat gewesen sei, sei alles im Rechtsrahmen der DDR und auf Befehl erfolgt. Ein schlechtes Gewissen verböte sich deshalb von selbst. Gerichtsverfahren gegen sie seien das Ergebnis einer Siegerjustiz, eines Landes, das sich die DDR einverleibt habe.

Bei dieser Argumentation werde freilich übersehen, daß nicht die BRD um einen Anschluß an die DDR gebeten habe, sondern umgekehrt bat die letzte, frei gewählte Interimsregierung der DDR unter Lothar de Maiziere um Anschluß an die BRD. Geschichtsfälschung sei in vollem Gange. Die Erinnerung verblasse, und die Vergangenheit werde schönegeredet. Ganz wichtig sei in diesem Zusammenhang eine umfangreiche Stasiaktenvernichtung unmittelbar nach der Wende, so daß vieles nicht mehr aufgeklärt werden könne, so beispielsweise auch nicht die IM-Tätigkeit von Gysi, Stolpe und vielen anderen.

„Zehn Jahre nach der Aktenvernichtungsaktion unter dem Bürgerrechtler (und letzten DDR-„Abrüstungsminister“) Rainer Eppelmann vermerkt der letzte HVA-Chef Großmann: ‚Vorwürfe vom späteren



Wolfgang Welsch: *Widerstand. Eine Abrechnung mit der SED-Diktatur*, Lukas Verlag 2021, 379 S., 30,- €

Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, und einigen Bürgerrechtlern, daß wir sie getäuscht und über den Tisch gezogen hätten, sind so unberechtigt nicht.“ (S. 315)

Die alten Genossen hätten große Teile des Vermögens der SED zur Partei Die Linke hinübergerettet, bastelten uneindrückt schon wieder am toten Körper des Realsozialismus, den sie neuerlich zur Zukunftsvision etikettieren. Sie sitzen inzwischen unbehelligt in Landtagen, in Landesregierungen, im Bundestag und absehbar auch in der Bundesregierung.

Der Autor klagt die Geschichtsvergessenheit der Deutschen an: „Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust haben die Deutschen ein seltsames Geschichtsverständnis. Einerseits gibt es eine durchaus verständliche Verengung auf den Holocaust, andererseits aber bleibt die zweite deutsche Diktatur randständig. [...] Solange aber der Holocaust von einem gewissen Teil der Bevölkerung in seiner Singularität immer wieder geleugnet oder zum Vogelschiff erklärt wird, gerät auch die Aufarbeitung des DDR-Unrechts ins Hintertreffen, obwohl es zahlreiche Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Diktaturen gab. Darunter leiden bis heute die Opfer der DDR-Diktatur.“ (S. 311)

Immer wieder klagt der Autor die mangelnde Aufarbeitung der DDR-Diktatur und die Tatsache an, daß die Täter ungeschoren davongekommen sind, daß sie

wieder aus den Löchern hervorkriechen und sich anschicken, den gescheiterten Realsozialismus als Zukunft zu verkaufen. Man möchte an Sophie Scholl erinnern, die in einem Flugblatt schrieb: „Vergeßt auch nicht die kleinen Schurken dieses Systems, merkt Euch die Namen, auf daß keiner entkomme! Es soll ihnen nicht gelingen, in letzter Minute noch nach diesen Scheußlichkeiten die Fahne zu wechseln und so zu tun, als ob nichts gewesen wäre!“ (S. 309)

Ach, ich könnte das ganze Buch exzerpieren! Meine Gedanken können nicht Schritt halten mit dem von Wolfgang Welsch in gewissenhafter Kleinarbeit und Quellenforschung Niedergeschriebenen. Dieses Buch ist ein nicht zu überhörender Aufruf wider das Vergessen. Erinnerung ist ein eminent wichtiger Bestandteil unseres Lebens. Ohne Erinnerung sind wir eigentlich schon tot oder doch zumindest innerlich hohl. Wolfgang Welschs Buch gehört in den Geschichtsunterricht, in die Bücherregale von Geschichtslehrern, Historikern und in das Gedächtnis von Politikern, damit sie das Material der Aufarbeitung eines menschenverachtenden Systems den ihnen anvertrauten Menschen vermitteln.

Hans-Henning Paetzke

(Der Autor lebt in Budapest als Schriftsteller und Übersetzer, er ist Träger des Verdienstordens Offizierskreuz der Republik Ungarn und des Bundesverdienstkreuzes am Bande.)

Leserbrief

„Feindliche Flugblätter“

Zur Rezension „Die Stasi als fünfte Gewalt“, *Ausg. 7/2021, S. 18*

Das sonst sehr interessante Buch weist leider einige Fehler auf:

Die behauptete Hinrichtung des Leipziger Studentenführers Natonek hat es nie gegeben. Er wurde vorzeitig aus Bautzen entlassen und starb in Göttingen 1994. Der als Student angesehene Dr. Linse war Abteilungsleiter in der Widerstandsbewegung „Untersuchungsausschuß freier Juristen“ (Ufj). Ohne jeglichen Bezug auf Widerstand ist die Schilderung eines Lehrers; daß während derselben Zeit an jener Schule Jungen aus dem laufenden Unterricht wegen „feindlicher

Flugblätter“ verhaftet wurden, erfährt der Leser nicht.

Unverzeihlich ist das völlige Verschweigen des Mordes des Ufj-Widerstandskämpfers Ingolf Klein am 8.12.1954: Auf seine antisowjetische Kritik wurde er vom Wachpersonal Bautzen so lange mit Stiefeln auf den Kopf getreten, bis sein Gehirn herausgespritzte und er starb; seiner Verlobten wurde „Herz- und Kreislaufversagen“ als Ursache mitgeteilt.

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,
Königswinter

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Dezember Geburtstag haben

Kurt Große am 1. Dezember, Dr. Kurt Hauschild am 14. Dezember, Heinrich Kalmer am 15. Dezember, Rainer Schmiedel am 18. Dezember, Ingeborg Dudlitz am 20. Dezember, Claudia Braath, Elke Daßau am 25. Dezember, Rudolf Pahl am 27. Dezember, Irmgard Rautenberg



Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 9 61 24 43

Fax (03 41) 9 61 24 99

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin

Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 53

E-Mail kegel@uokg.de

Katrin Behr, Cornelia Kurtz

(Thema DDR-Zwangsadoption)

Mo–Fr, 10–12 Uhr

Tel. (030) 55 77 93 54

E-Mail behr@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin

Tel. (030) 55 15 28 58

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin

Di, 12–18 Uhr; Fr, 11–14 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

am 29. Dezember, Fritz Stahlberg am 30. Dezember

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Helmut Astler, Joachim Bauer, Uwe Behne, Olaf Bellstedt, Erna Carbow, Dr. Wolf Erler, Michael Faber, Ralf Georgi, Andreas Gläser, Hans-Jürgen Hüßler, Siegfried Jentsch, Fritz Leßmüller, Reinhard Linde, Peter Müller, Elke Müssig, Winfried u. Sylvia Richard, Bernd Dieter Salamon, Hanni Schmidt, Xenia Schwarzbauer, Gabriele Seidel, Hans-J. u. Dr. Cornelia Springer, Michael M. Striss, Helmut Vötter

Stacheldraht-Konto:
BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01
BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Wer sein eigenes Leben mißachtet, wird leicht zum Beherrscher anderer – Menschen wie diese sind oft auch Beherrscher der Seelen.

Brehon Morann

BSV-Förderverein für Beratungen
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz
Sprechzeiten s. S. 19
Telefon (030) 55 15 28 58
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC: DEUT DED B110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 9. November 2021

